



European Parliament
**FORMER MEMBERS
ASSOCIATION**

BULLETIN N°83

September 2023



FMA SECRETERIAT

ANTALL 02Q73
EUROPEAN PARLIAMENT
B-1047 BRUSSELS
TEL : +322.284.07.03 FAX : +332.284.09.89
E-MAIL : FORMERMEMBERS@EUROPARL.EUROPA.EU

INHALTSVERZEICHNIS

Botschaft des Präsidenten

FMA Aktivitäten

- 06 Kooperation mit der EUI/HAEU
- 08 Kooperation mit dem EP
- 10 Ehemalige Abgeordneten Network
- 15 VMA Kollaborationen
- 21 EP to Campus
- 23 European Youth Event 2023
- 25 Buch Rezension

In Memoriam

- 28 In Memoriam

Fokus

- 31 Europawahl 2024: Bei gemeinsamen Herausforderungen stärker zusammenarbeiten (Othmar Karas)
- 34 Überwachung der Haushaltsmittel in sich wandelnden Zeiten, eine zentrale Aufgabe des Parlaments (Johan Van Overtveldt)

- 36 Ein Unionsweiter Wahlkreis zur Vertiefung des Europäischen Öffentlichen Raums(Domenec Ruiz Devesa)
- 39 Aktualisierung der für die Europawahl 2024 geltenden Rechtsvorschriften (Etienne Bassot & Silvia Kotanidis)
- 42 Das Aufkommen des Autoritarismus verstehen und die Demokratie in Europa schützen (Petros Fassoulas & Christian Skrivervik)
- 45 Über Bildung, Wahlen und Europe (Michael Hindley)
- 47 Der Historische Moment der Wahlen 2024 (Manuel Porto)

Call for Contributions

The Editorial Board would like to thank all those members who took the time to contribute to this issue of the FMA Bulletin. We would like to draw your attention to the fact that the decision to include an article lies with the FMA Editorial Board and, in principle, contributions from members who are not up-to-date with the payment of the membership fee will not be included. Due to the long time lag between the call for contribution and the publication, some articles may be outdated.

The FMA Bulletin is published by the European Parliament Former Members Association (FMA) with the assistance of the European Parliament. However, the views expressed in articles represent the views of contributing FMA members or guest writers and do not necessarily represent the views of either the European Parliament nor the FMA. Similarly, any advertisement does not imply an official endorsement by the FMA or Parliament.

REDAKTION

Monica BALDI
Jean-Pierre AUDY
Edward McMILLAN-SCOTT
Teresa RIERA MADURELL
Paul RÜBIG

VORBEREITET VON

Elisabetta FONCK
Valerie RASKIN
Pilar RAMOS CARBONERO
Isa-Marie MENART

KONTAKT

formermembers@europarl.europa.eu
Tel.+ 32(0)2 284 07 03
Fax.+32(0)2 284 09 89



BOTSCHAFT DES PRÄSIDENTEN

Sehr geehrte Mitglieder

Ich freue mich, Ihnen das dritte Bulletin 2023 der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) vorstellen zu dürfen, das sich mit den Europäischen Parlamentswahlen von 2024 befasst.

Diese Wahlen sind von größter Bedeutung, da die auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen direkte Auswirkungen auf das Leben und die Zukunft eines jeden europäischen Bürgers haben. Wir, als ehemalige Abgeordnete des Europäischen Parlamentes, spielen hierbei eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung dieser Wahlen. Indem wir uns nach unserem Mandat weiterhin engagieren, fördern und stärken wir die Einigung und Parlamentarische Demokratie der Europäischen Union. In dieser Ausgabe, können Sie Beiträge mehrerer Mitglieder lesen, welche die Europawahlen aus einem unterschiedlichen Blickwinkel analysieren, darunter der Erste Vize Präsident Othmar Karas, der Präsident des Budget Komitees Johan Van Overtveldt und der Europa Abgeordnete Doménec Ruiz Devesa.

Was die jüngsten Aktivitäten der Vereinigung betrifft, so freuen wir uns sehr, dass wir gemeinsam mit den Historischen Archiven der Europäischen Union und dem Programm Erasmus+ am 16. Juni in Florenz eine hochkarätige Konferenz organisiert haben. Bei dieser Gelegenheit beschrieben die Redner Initiativen zur Zusammenarbeit zwischen den Institutionen sowie Lehr- und Lernerfahrungen mit Europa auf Primar-, Sekundar- und Universitätsebene.

Eine VEM-Publikation mit dem Titel "Partizipation in Europa", die auf den Beiträgen der Redner und Gäste dieser hochrangigen Konferenz basiert, wird Ende 2023 veröffentlicht. Ich wollte Frau Monica Baldi, Vizepräsidentin unserer Vereinigung, und Michael Hindley, Mitglied unseres Verwaltungsrats und Koordinator des Programms "EP auf dem Campus", besonders für ihr Engagement und ihre Professionalität bei der Organisation dieser Veranstaltung und für ihre Arbeit als Herausgeber der Publikation "Partizipation in Europa" danken, die am 7. Dezember in Brüssel vorgestellt wird.

Darüber hinaus läuft das Programm "EP auf dem Campus" weiterhin auf Hochtouren und bietet Universitätsstudenten die Möglichkeit, vom Fachwissen und der Erfahrung unserer aktiven VEM-Mitglieder zu profitieren, denen ich an dieser Stelle meinen Dank aussprechen möchte. Die Artikel zu diesem Programm zeugen von erfolgreichen Interventionen zu einem breiten Spektrum von Themen. Sie finden auf unserer Website und Sozialen Medien mehrere kurze Videos von Schülern, die über das Programm „EP auf dem Campus“ berichten.

Darüber hinaus sorgen die Librorum-Veranstaltungen weiterhin für Aufsehen. Im Juli organisierten wir die Vorstellung des Buches des ehemaligen französischen Abgeordneten Jean-Claude Martinez mit dem Titel "Das große Buch der Zivilisation Marokkos". Anschließend stellten uns am 14. Dezember die Präsidentin von „Tiempo de Paz“ Francisca Sauquillo und der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments sowie von unserer Vereinigung, Enrique Barón Crespo, beide Koordinatoren der neuesten Ausgabe des Magazins, Nr. 148 „Europa: eine Zukunft bilden oder zurück in die Vergangenheit“ vor. Ich wollte mich bei beiden für ihr Engagement in unserer Vereinigung bedanken. Zum Anlass des 70. Jubiläums des Europäischen Parlaments, hat die EPRS eine Diskussionsrunde in der Bibliothek des Parlaments organisiert. Zu den Rednern gehörten unter anderem der ehemalige Präsident unserer Vereinigung, Herr Hans-Gert Pöttering, sowie das Vereinsmitglied, Herr Hannes Swoboda.

Ebenfalls möchte ich allen Mitgliedern meinen Dank aussprechen, die an den bevorstehenden Aktivitäten der Vereinigung teilnehmen werden. Die VEM erfüllt weiterhin erfolgreich ihr Hauptziel, den politischen Dialog zu fördern, indem sie zwei bevorstehende Auslandsmissionen durchführt. Zunächst geht es Ende September nach Paris und dann Ende Oktober im Rahmen der spanischen Ratspräsidentschaft der Europäischen Union nach Madrid.

Ziel ist es, den Dialog über die politischen Prioritäten der Europäischen Union zwischen den ehemaligen Abgeordneten und dem nationalen Parlament zu stärken. Über beide Besuche wird in der Dezemberausgabe ein Bericht erscheinen.

Daraufhin folgen die Dezember-Veranstaltungen der VEM, die am 6. und 7. Dezember stattfinden. Zunächst wird der Forschungsdienst des EP (EPRS) Herrn José María Gil-Robles Gil-Delgado, dem ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments und unserer Vereinigung, dessen Verlust uns alle sehr bewegt hat, eine ganz besondere Ehre erweisen. Anschließend findet unser Cocktail- und Galadinner statt, um den Tag abzuschließen. Am nächsten Tag werden das Librorum über die VEM-Publikation „Partizipation in Europa“ und unser jährliches Seminar mit einer hochrangigen Debatte im Europäischen Parlament in Brüssel stattfinden.

Abschließend möchte ich allen VEM-Mitgliedern und Mitarbeitern danken, die zu diesem September-Bulletin beigetragen haben. Wir können stolz sein auf die erfolgreiche Zusammenarbeit mit unseren zahlreichen Partnern und all jenen, die dazu beigetragen haben, die VEM zu einem Verband zu machen, der sich für die Förderung unserer gemeinsamen Werte einsetzt.

Meine herzlichsten Grüße,

Dr Klaus Hänsch
VEM Präsident



„KANN DIE EU AUS IHREN ERFAHRUNGEN LERNEN?“

Die Konferenz mit dem Titel „Kann die EU aus ihren Erfahrungen lernen?“ fand am 16. Juni 2023 in Florenz im prächtigen Ratssaal der historischen Villa Salviati, dem Sitz des Europäischen Hochschulinstituts (EHI), statt.

Die Veranstaltung wurde vom Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) gemeinsam mit dem Historischen Archiv der Europäischen Union (HAEU) und in Zusammenarbeit mit der italienischen nationalen Agentur „Erasmus+ Indire“ gefördert. Letztere hat auch für die ausgezeichnete Darbietung des Brass Quintet vom Konservatorium Luigi Cherubini in Florenz, das Teil des Erasmus-Orchesters ist, zur Eröffnung der Veranstaltung gesorgt. Die Interpreten waren Alberto Occhialini, (Horn), Low Yujiu Jin (Tuba), Gilberto Scheggi, (Posaune) sowie Alvaro Martinez und Chenxi Lu, (Trompete).

In den einleitenden Bemerkungen des Generalsekretärs, Botschafter Marco Del Panta, und von mir selbst wurde die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und die Bereitschaft hervorgehoben, ihre Erfahrungen im Hinblick auf die künftige Gestaltung Europas an junge Menschen weiterzugeben, und außerdem auf die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen dem VEM und dem EHI hingewiesen.

Auf der Konferenz wurden drei konkrete Programme erörtert, die entwickelt wurden, um die Kenntnisse, die Teilhabe und die Mobilität junger Menschen in Europa zu verbessern. Die drei Podiumsdiskussionen, die jeweils durch ein Video eingeführt wurden, das eigens von den Organisatoren erstellt wurden, befassten sich mit unterschiedlichen Themen, die anschließend im Präsenz- und digitalem Format erörtert wurden.



Speakers of the high-level hybrid conference 'Can the EU learn from experience?' in front of Sala del Consiglio of the historic Villa Salviati © EUI, 2023

In der ersten Podiumsdiskussion ging es um die Zusammenarbeit zwischen dem VEM und dem HAEU mit Ausführungen von Direktor Dieter Schlenker, EHI-Professor George Papaconstantinou, dem ehemaligen MdEP Alain Lamassoure, Professorin Katia Rossi und der Studentin Matilde Paoli.

In der zweiten Podiumsdiskussion wurde der Erfolg des VEM-Programms „EP to Campus“ unter Beteiligung der für das Programm zuständigen VEM-Vorstandsmitglieder Michael Hindley und Manuel Porto, der ehemaligen MdEP Isabella De Martini und Eva Lichtenberger, Professorin Natalia Cuglesan, des Vizekanzenlers Lt. Dr. M. D. Venkatesh und des Studenten Riccardo Debrilli erörtert.

In der dritten Podiumsdiskussion wurde das Programm ERASMUS+ mit Beiträgen der Generaldirektorin für Bildung der Europäischen Kommission Themis Christophidou, der Erasmus-Koordinatorin Sara Pagliai, der Professorin Giorgia Giovannetti und der Studentinnen Elisa De Cassai, Irene Carradori und Federica Rondi vorgestellt.

Es war sehr interessant, die Eindrücke und Schilderungen der Kooperationsaktivitäten unserer Institutionen sowie die Lehr- und Lernerfahrungen in Europa auf Primar-, Sekundar- und Hochschulebene und darüber hinaus kennenzulernen, die in das Buch „Participation in Europe“ einfließen werden, das Michael Hindley und ich herausgeben werden.

Ich danke allen, die an diesem Treffen teilgenommen haben, wie dem MdEP Cristina Gutierrez-Cortines, und vor allem auch den VEM-Mitgliedern, die in großzügiger Weise ihre Zeit, ihre Berufserfahrung und ihr Renommee dafür verwenden, am Programm „EP to Campus“ teilzunehmen, das von Universitäten in der ganzen Welt überaus geschätzt wird. Dieses Programm wird, wie von begeisterten Studenten und Professoren zu hören ist, als echte Plattform für den Austausch von Meinungen und Zukunftsvorstellungen wahrgenommen, mit der das gegenseitige Verständnis gefördert und die politische und kulturelle Bindung an die Europäische Union gestärkt werden.

Die Zusammenarbeit mit dem EHI begann auf meinem Vorschlag hin im Jahr 2015 mit einer Reihe von Treffen zwischen den damaligen Präsidenten Enrique Barón Crespo und Joseph Weiler, dann mit den Präsidenten des VEM Hans-Gert Pöttering und Klaus Hänsch sowie mit dem Präsidenten des EHI Renaud Dehousse. Es ist zu hoffen, dass diese Veranstaltungsreihe in den kommenden Jahren fortgesetzt wird.

Ich bin der festen Überzeugung, dass man mit der „Soft Power“ der Bildung erstaunliche Ergebnisse erzielen kann. Durch diese Form der Kulturdiplomatie kann man mit Kultur- und Bildungsaktivitäten das Beste zeigen, was Länder zu bieten haben, und strukturiertere Beziehungen aufbauen.

Monica Baldi

EPP-ED, Italy (1994-1999)

baldi.monica@email.it



Intervention of the second panel about the EP to Campus programme © EUI, 2023

ZUSAMMENARBEIT MIT DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Das Archiv des Europäischen Parlaments: das Gedächtnis der europäischen Demokratie

Seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahr 1952 gibt es das Archiv des Europäischen Parlaments, das als Gedächtnis des Organs dient. Dem Referat Archiv obliegt seitdem die Verwaltung und Pflege der offiziellen Dokumente und sonstigen Archivbestände des Parlaments. Das Archiv umfasst aktuell etwa fünf Millionen Exponate: Das sind etwa 5 Kilometer Papierdokumente und mehr als ein Terabyte digitaler Dokumente, was 600 Millionen Seiten entspricht.

Wie finde ich online Dokumente aus dem Archiv?

Es gibt über eine Million archivierte öffentliche Dokumente aus den Jahren 1952 bis 1984, die online frei zugänglich sind. Sie sind über die Dashboard-Website des Referats Archiv abrufbar.

Mithilfe des Dashboards können Sie Dokumente kostenlos herunterladen und sie analysieren. Integrierte KI-Tools helfen Ihnen dabei, historisch wichtige Themen für das Parlament zu finden, Texte zusammenzufassen und thematische Verbindungen zwischen Dokumenten herzustellen.

Sie finden das Dashboard unter diesem Link:

<https://api.summarizer-ep.link/ep-archives-anonymous-dashboard>

Oder besuchen Sie unsere Intranetseite:

<https://epintranet.in.ep.europa.eu/home/browse-as/communication/document-management/instruments-and-procedures.html>

Gibt es historische Archive von Abgeordneten?

Das Archiv bewahrt Dokumente derzeitiger und ehemaliger Abgeordneter auf, da sie ein einzigartiges Zeugnis für die politische und parlamentarische Arbeit sind. Sie veranschaulichen die Arbeit der Mitglieder und ihrer Assistenten, ihren Beitrag zur europäischen Integration und ihre Interaktionen mit Kollegen und der Zivilgesellschaft.

Die Unterlagen eines Mitglieds des Europäischen Parlaments dokumentieren in der Regel seine parlamentarische Tätigkeit als Abgeordneter, Ausschussmitglied oder in anderen Funktionen innerhalb des Parlaments sowie seine Arbeit als Mitglied einer Fraktion oder in seinen nationalen Wahlkreisen und sein Engagement in der Öffentlichkeit.

Jedes Mitglied kann dem Europäischen Parlament jederzeit Dokumente, die während der Amtszeit des Mitglieds erstellt wurden, zum Zwecke der Verarbeitung und Verteilung anvertrauen.

Wenn Sie mehr darüber erfahren möchten, wie Sie einen Beitrag zum Archiv leisten können, kontaktieren Sie uns per E-Mail unter archives-acquisitions@europarl.europa.eu.



Welche anderen digitalen Quellen gibt es?

Auf der Website des Referats Archiv finden Sie weitere Informationen über den Dokumentenbestand des Europäischen Parlaments und zu anderen Aktivitäten wie Ausstellungen, Veröffentlichungen und Multimedia-Inhalten.

Die Website verfügt beispielsweise über personalisierte Seiten für jedes Mitglied des Europäischen Parlaments, das seine Dokumente in das Archiv überführt hat. Jede Seite liefert einen Überblick über die Zeit des Mitglieds im Parlament, eine kurze Beschreibung seines Dokumentenbestands und enthält Videos wichtiger Reden im Plenum während seines Mandats.

Eine weitere Online-Quelle ist das Projekt zur mündlich überlieferten Geschichte. Im Rahmen dieses 2009 ins Leben gerufenen Projekts werden ehemalige Präsidentinnen und Präsidenten, Generalsekretäre, Abgeordnete und andere Persönlichkeiten, die einen Beitrag zur europäischen Integration geleistet haben, interviewt. Auf der Website werden die Interviews in thematischen Kapiteln vorgestellt. Ergänzend zu den Interviews enthalten sie jeweils einen historischen Hintergrundtext, relevante Archivdokumente, Reden und Fotos. Die Interviews mit den ehemaligen Präsidenten Pat Cox, Lord Henry Plumb, Enrique Barón Crespo, José María Gil-Robles Gil-Delgado, Egon Klepsch und der Präsidentin Nicole Fontaine sind bereits online. Interviews mit den Präsidenten Emilio Colombo, Hans-Gert Pöttering und Klaus Hänsch werden in Kürze verfügbar sein.

Ludovic Delépine

Head of the EP Archives Unit

ludovic.delepine@europarl.europa.eu

Bericht über die Konferenz der Vereinigung ehemaliger kanadischer Parlamentsabgeordneter unter Beteiligung von Miguel Angel Martinez als Vertreter der Vereinigung europäischer Ex-Parlamentarier im Juni 2023 in Ottawa

Ich bin in die kanadische Hauptstadt Ottawa gereist, um an der Jahreskonferenz der Vereinigung der ehemaligen Parlamentsabgeordneten des Landes vom 4. bis 5. Juni 2023 teilzunehmen. Unsere kanadische Partnerorganisation hatte mich als leitendes Mitglied der Vereinigung europäischer Ex-Parlamentarier zu der Konferenz eingeladen. Dies war eine ausgezeichnete Gelegenheit, festere Verbindungen zwischen den beiden Organisationen zu knüpfen und darüber hinaus meine eigenen Kenntnisse und meine persönlichen Beziehungen zu den parlamentarischen und politischen Institutionen dieses Landes weiter zu vertiefen, welches in den vergangenen Jahren nicht nur in Nord- und Südamerika, sondern in der ganzen Welt an Bedeutung gewonnen hat. Wenn ich meine Eindrücke von diesem kurzen Besuch zusammenfassen soll, so wäre es wohl angebracht, an erster Stelle das Interesse und den Respekt hervorzuheben, den die kanadischen Gesprächspartner mir gegenüber und auch bei allen meinen Fragen gezeigt haben, die die Beziehungen zwischen der kanadischen Organisation und unserer Vereinigung betreffen.

Meine Anwesenheit in Ottawa im kanadischen Parlament, wo die Konferenz unserer Kollegen stattfand, hat dazu beigetragen, die Beziehungen zu vertiefen, die sich insbesondere in den letzten Monaten sehr zufriedenstellend entwickelt haben, wobei Kanada ein immer größeres Interesse an seinen diplomatischen Beziehungen zu Europa und zu den wichtigsten Ländern

unseres Kontinents zeigt und auch das Ansehen und die Rolle Spaniens in einer ebenso bemerkenswerten wie unbestreitbaren Weise gefestigt wurden. Ein Beweis für den Respekt, der uns entgegengebracht wurde, war die Tatsache, dass die Gastgeber mir in ihrer Plenarsitzung das Wort erteilt haben, sodass ich als einziger ausländischer Redner zu ihnen sprechen konnte, wobei ich insbesondere die Identität und die Rolle unserer Vereinigung hervorgehoben und die Möglichkeiten eines Ausbaus unserer Beziehungen sowohl zwischen den beiden Institutionen als auch zwischen Kanada und der europäischen Welt im Allgemeinen ausgelotet habe.

In meiner Rede vor dem Plenum der Konferenz habe ich mich größtenteils mit drei Themen befasst. Die ersten beiden waren der Erläuterung dessen gewidmet, dass es gleich zwei Vereinigungen gibt, die die europäischen Ex-Parlamentarier vertreten, was viele unserer Gesprächspartner manchmal überrascht. Das dritte Thema, das an den erwähnten Umstand anknüpfte, war unser großes Interesse und unser sehnlichster Wunsch, dass sich die Beziehungen der ehemaligen europäischen Parlamentarier nicht auf intrakontinentale Kontakte beschränken, sondern über die Grenzen Europas hinausgehen, um eine unverzichtbare Beziehung zu Schwesterorganisationen in allen Ecken der Welt aufzubauen, die dazu führen könnte, dass wir eine immer wichtigere Rolle auf der Bühne der internationalen diplomatischen Beziehungen spielen.

Im ersten Teil meiner Rede vor den kanadischen Kollegen habe ich versucht, etwas zu erklären warum es bei uns seit mehreren Jahrzehnten zwei verschiedene Organisationen als Vertretung europäischer Ex-Parlamentarier gibt. In der Tat ist dieses Phänomen auf dieselbe kontinentale Artikulation zurückzuführen, die bereits in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts stattfand.

Dieser Prozess der strukturellen Ausgestaltung fand in einem Europa statt, das sich aus Staaten zusammensetzte, die im „Kalten Krieg“ miteinander verfeindet waren, ein Europa, das kurz gesagt, tief gespalten war. Als sich dann die beiden Teile Europas wieder zusammenfügten, war es jedoch nicht gelungen, auch auf dieser Ebene ein Verfahren zu entwerfen, mit dem alle eingebunden werden konnten. Die beiden Organisationen waren jedoch zweifellos sehr wichtig, als es darum ging, die Werte und Ziele zu formulieren, die die neue Struktur veranschaulichen und prägen sollte. Werte wie Demokratie, Freiheit, Solidarität, Parlamentarismus, Frieden und sozialer Fortschritt sollten ohne Einschränkungen und ungeachtet unterschiedlicher Herangehensweise in Europa wie auch in der übrigen Welt verteidigt und geachtet werden.

Trotz der Übereinstimmung bei der Verwirklichung und Unterstützung der genannten Werte basierte der Prozess der kontinentalen Artikulation nicht auf einem einzigen Projekt, sondern auf zwei unterschiedlichen Konzepten. Dies führte zu zwei unterschiedlichen Rahmen. Der eine davon ist der 1949 gegründete Europarat, der seinen Sitz in Straßburg hat und seit seiner Gründung von 46 Mitgliedstaaten unseres Kontinents unterstützt wird.

Der andere Rahmen hieß ursprünglich Europäische Gemeinschaften, die nach dem Zusammenschluss von sieben Staaten (BRD, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien und Luxemburg) im Jahr 1957 durch die Unterzeichnung der Römischen Verträge entstanden sind. Die Zahl dieser Staaten hat sich inzwischen erhöht, und auch der Name wurde in mehreren Schritten in Europäische Union abgeändert. Es sei daran erinnert, dass alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union gleichzeitig dem Europarat angehören, jedoch sind nicht alle Mitglieder des Europarates auch Mitglieder der Europäischen Union.

Zur Vervollständigung sollte klargestellt werden, dass dies auch für die parlamentarische Ebene gilt, auf der beide europäischen Institutionen tätig sind, allerdings auf sehr unterschiedliche Weise. So gibt es im Europarat eine Parlamentarische Versammlung, die sich aus nationalen Abgeordneten und Senatoren aus allen Mitgliedstaaten des Europarats zusammensetzt. Im Gegensatz dazu setzt sich die parlamentarische Dimension der Europäischen Union, das Europäische Parlament, nicht aus nationalen Abgeordneten, sondern aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus den einzelnen EU- Mitgliedstaaten zusammen, die seit 1979 alle fünf Jahre direkt gewählt werden. Diese von mir bereits angesprochene Doppelung hat unter anderem dazu geführt, dass es zwei verschiedene Organisationen für europäische Ex-Parlamentarier gibt. In der einen kommen ehemalige Parlamentarier zusammen, die in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates saßen, und die, wie ich erläutert habe, davor nationale Abgeordnete oder Senatoren in den Mitgliedstaaten des Europarats waren.

Im Europäischen Parlament werden hingegen die Mitglieder, wie bereits erwähnt, direkt von der jeweiligen Bevölkerung der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union gewählt. So setzt sich die Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats aus ehemaligen nationalen Parlamentariern aus den (wohlgemerkt „europäischen“) Mitgliedsländern des Europarats zusammen, während es sich bei dem Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments um eine unmittelbar vom Europäischen Parlament anerkannte und auch finanzierte Einrichtung handelt, die daher unmittelbar mit dem Europäischen Parlament selbst verbunden ist. Es ist sicherlich ebenso wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Beziehungen zwischen diesen beiden Vereinigungen im Allgemeinen überaus korrekt und herzlich sind. In der Tat hat dies sogar dazu geführt, dass die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Europarates zusammen mit Delegationen ehemaliger Parlamentarier aus den Ländern, die dem Europarat angehören, den Beschluss gefasst hat, eine Delegation ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments zu gründen.

Ich möchte nun die Notwendigkeit betonen, dass wir alle, die ehemaligen Europaabgeordneten, trotz einiger Differenzen, die wir weiterhin überwinden müssen, uns der zweifellos gemeinsamen Sorge stellen müssen, wie wir die Reichweite unserer Präsenz und unseres Handelns ausweiten können, indem wir über den europäischen Rahmen hinausgehen, um unseren Einfluss auf mehr oder weniger weit entfernte Gebiete auszudehnen, die wir nicht ignorieren dürfen und können, wenn wir unserem Handeln die Kraft verleihen wollen,

die notwendig ist, um den Traum von unseren Werten, auf die ich bereits hingewiesen habe, weiter zu verwirklichen. Die Zusammenarbeit zwischen unseren Vereinigungen europäischer Ex-Parlamentarier und Einrichtungen wie der, die uns hier in den letzten Tagen gezeigt hat, was Gastfreundschaft, Brüderlichkeit und Solidarität in einem ganz bestimmten Bereich bedeutet, und die wir bereits in alle Richtungen und in alle Richtungen ausdehnen wollen, ist genau das Bemühen, auf das ich gerade hingewiesen habe.

Mit diesen abschließenden Überlegungen möchte ich meine Zuversicht und die Hoffnung zum Ausdruck bringen, die in diesen Tagen des Zusammenseins mit unseren kanadischen Kollegen in so vielen Bereichen gewachsen sind. Ich habe mich schon oft darüber empört, dass wir in Europa weiteren Fortschritten Zügel angelegt haben. Wir dachten wohl fälschlicherweise, dass wir bereits alles erreicht hätten, was nötig ist, um die Werte voranzubringen, durch die das europäische Aufbauwerk definiert ist, das hier und an vielen anderen Orten in der Welt als noch nicht abgeschlossenen Projekt wahrgenommen wird. Hier in Kanada und unter dem Eindruck dessen, was wir von Ihrer Arbeit als ehemalige Parlamentarier und Ihrer parlamentarischen Tätigkeit gelernt haben, habe ich mir als Europäer immer wieder die Frage gestellt, wie es möglich ist, dass wir bei dem Fortschritt, zu dem wir uns verpflichtet haben, die vor uns liegenden Schwierigkeiten bewältigen, die uns erwarten, ohne die Lektionen wiederholen zu müssen, die Männern und Frauen auf anderen Kontinenten und in anderen Gesellschaften erteilt wurde, was oft mit größeren Schwierigkeiten verbunden war, als jenen, die wir bereits überwunden haben.

Als Europäer kann und will ich nicht die Lehren ignorieren, die Mahatma Gandhi, Nelson Mandela, Salvador Allende und so vielen anderen, darunter Frauen, von denen wir noch nie etwas gehört haben geschweigen denn ihren Namen kennen. All dies sind Überlegungen, die ich von der Konferenz in Ottawa und den Stunden des Zusammenseins mitnehmen werde. Ich möchte Ihnen versichern, dass ich alle Nachrichten aus Ihrem Land und von Ihrer Vereinigung auch weiterhin mit größter Aufmerksamkeit verfolgen werde.

Es erscheint mir wichtig, einige Bemerkungen hinzuzufügen, um meine Informationen über die oben genannte Konferenz zu ergänzen und zu vervollständigen. Ich habe das Interesse unserer Vereinigung europäischer Ex-Parlamentarier an der Zweckmäßigkeit und sogar an der Notwendigkeit einer Verstärkung unserer Beziehungen zu Schwesterorganisationen mit ähnlicher Identität, die sich in anderen Ländern und Kontinenten außerhalb Europas befinden, erläutert. Ebenfalls will ich die sehr wichtige Teilnahme der Generalsekretärin unserer Vereinigung europäischer Ex-Parlamentarier, Elisabeth Fonck, an der Ottawa-Konferenz hervorheben, die von den kanadischen Gastgebern eingeladen wurde, um eine sehr wichtige Video-Botschaft an die Teilnehmer an der Konferenz in Ottawa zu richten. Dies war Teil der Würdigung von Leo Duguay auf der Konferenz, dem Gründer und erstem Vorsitzenden der Vereinigung ehemaliger kanadischer Parlamentsabgeordneter. Er ist einer der bekanntesten Persönlichkeiten des politischen und parlamentarischen Lebens des 20. Jahrhunderts in Kanada.

Bei dieser Gelegenheit sagte Elisabetta Fonck im Namen unserer Vereinigung europäischer Ex-Parlamentarier folgende Worte: „Lieber Leo, unsere Vereinigung setzt fort, was wir vor vielen Jahren gemeinsam begonnen haben. Dies geschieht unter anderem durch eine erfolgreiche Beteiligung des Europäischen Parlaments am Campus-Programm, das jungen Europäern dabei hilft, immer besser informierte Bürger zu werden und sich für die Werte zu engagieren, auf denen der gesamte europäische Aufbauprozess beruht. Ich möchte an dieser Stelle Leo Duguay, den ich seit vielen Jahren als einen der unseren und sogar als einen der besten von uns betrachte, noch einmal ganz herzlich gratulieren. Meine Glückwünsche, die auch die meiner Vereinigung sind, beinhalten die Zuversicht, dass die Mitglieder unserer beiden Vereinigungen, der europäischen Ex-Parlamentarier und der kanadischen Ex-Parlamentarier, weiterhin mit der gleichen Treue und dem gleichen Enthusiasmus arbeiten werden, wie sie es seit der Zeit getan haben, als unser Freund Leo die brillante Idee hatte, die Organisation zu gründen, auf deren Konferenz wir uns hier treffen“. Dieses Video und insbesondere die herzlichen Worte unserer Generalsekretärin Elisabeth Fonck haben uns alle tief gerührt.



From left to right: Mr Osvaldo Nunez (former Member of the House of Commons of Canada), Mr Miguel Angel Martinez Martinez (FMA Board Member), Dorothy Dobbie (President of the CAFPP) and Hon. Don Boudria (former Member of the House of Commons of Canada)

Ein Abendessen zu Ehren von Leo Duguay, bei dem alle Anwesenden und Teilnehmer an der Konferenz, die uns in der kanadischen Hauptstadt zusammenführte, ihm die Ehre erwiesen haben. Es handelte sich um ein feierliches Abendessen, wurde im Veranstaltungsraum des kanadischen Senats organisiert. Wir waren wir nicht nur eingeladen, mit ihm und den anderen Konferenzteilnehmern zu speisen, sondern saßen mit ihm zusammen am Ehrentisch neben dem Geehrten selbst und anderen Persönlichkeiten. Wir hatten auch das besondere Vergnügen, mit Matt Decourcey zu speisen, dem neu gewählten Vorsitzenden der Vereinigung ehemaliger kanadischer Parlamentsabgeordneter und Nachfolger unserer Freundin Dorothy Dobbie in dieser Funktion, die viele Jahre lang den Vorsitz der Organisation innehatte und auch bei der Annäherung zwischen Organisation und unserer Vereinigung eine sehr wichtige Rolle gespielt hat. Das Wichtigste an diesem Abendessen war die Begegnung und der Austausch mit Herrn Decourcey im Beisein angesehener Persönlichkeiten, die wir bei dieser Gelegenheit über die Tätigkeit unserer Vereinigung europäischer Ex-Parlamentarier informieren konnten.

**Miguel Angel Martínez
Martínez**

S&D, Spain (1999-2014)
micar@email.com

Christoph Kolumbus durch künstliche Intelligenz zu neuem Leben erweckt

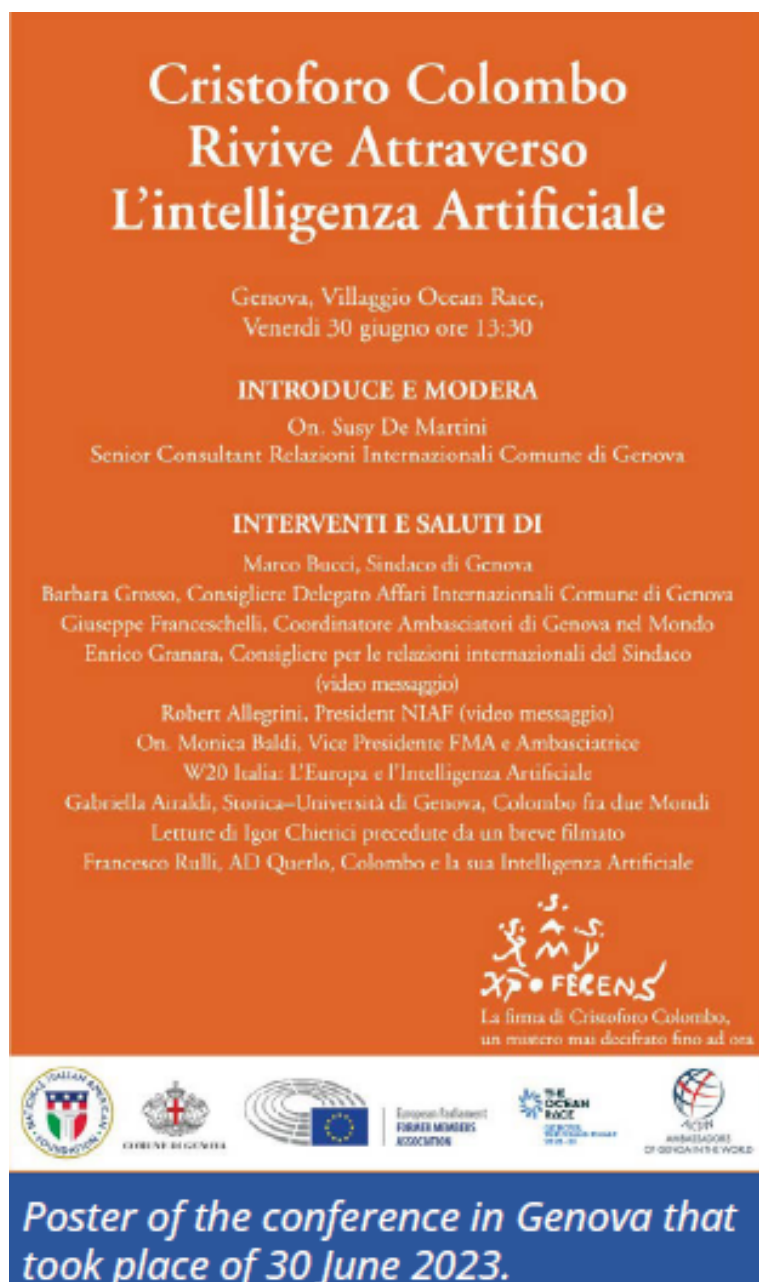
Neuartige Technologien machen heutzutage das Unmögliche möglich, z. B. mit historischen Persönlichkeiten zu sprechen, die vor Hunderten von Jahren gelebt haben, und von ihnen historisch fundierte Antworten zu erhalten. So geschehen in Genua unter aktiver Beteiligung des VEM – vertreten durch meine Wenigkeit und die nimmermüde Vizepräsidentin Monica Baldi, die stets offen für neue Initiativen ist. Ich freue mich, dass der Bürgermeister von Genua Marco Bucci meine Idee, Christoph Kolumbus mit Hilfe künstlicher Intelligenz (KI) eine Stimme zu geben, sofort mit Begeisterung aufgenommen und entsprechend finanziert hat. Kolumbus ist seit jeher ein äußerst populärer Gegenstand schriftlicher Ausführungen – nicht nur unter herausragenden Historikern, sondern auch bei Schriftstellern, Journalisten und ganz normalen Menschen. Das Thema ist in aller Munde – und auch wenn sich manchmal die Geister an ihm scheiden, so ist Kolumbus doch nach wie vor der bekannteste Italiener in den Vereinigten Staaten, berühmt für die Entdeckung der Neuen Welt und seine außergewöhnlichen Fähigkeiten als Seefahrer. Daher erscheint es mir mehr als angemessen, dass Genua, seine Stadt, ihm im Rahmen der bedeutendsten Segelregatta der Welt, dem Ocean Race, endlich eine Stimme gegeben hat. Ich freue mich auch, dass sich unsere Freunde von der National Italian American Foundation (NIAF) – einer hochangesehenen Vereinigung, die rund 20 Millionen in den Vereinigten Staaten lebende Bürgerinnen und Bürger italienischer Herkunft vereint – der Initiative so enthusiastisch angeschlossen haben.

Sie haben sich bislang genauso schützend vor Christoph Kolumbus und sein Erbe gestellt wie wir Italiener in der Heimat – oder vielleicht sogar noch ein bisschen mehr, wie der Präsident der NIAF Robert Allegrini bei seinem Treffen mit dem Bürgermeister während seines jüngsten Besuchs in Genua hervorhob. Ebenso prestigeträchtig ist die Partnerschaft mit dem Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments. Das Organ hat jüngst Rechtsvorschriften zur künstlichen Intelligenz erlassen, und meine Kollegin und Freundin Monica Baldi hat eine brillante Rede über dieses Thema gehalten. Der New Yorker Unternehmer Francesco Rulli, Experte auf dem Gebiet der KI und – wie ich – leidenschaftlicher Segler, den ich vor einigen Jahren kennenlernen durfte, als wir beide beruflich in Dubai weilten, hat es schließlich möglich gemacht, meine Idee in die Tat umzusetzen!



Während der Präsentation bestand die Möglichkeit, sich direkt an Christoph Kolumbus zu wenden und ihm Fragen zu stellen – auf die er in Echtzeit antwortete. Der große Seefahrer erläuterte unter anderem, wie er die Passatwinde nutzte, um nach Westen zu gelangen, wobei er sich an den Erfahrungen der portugiesischen Seefahrer orientierte, die dies vor ihm getan hatten. Auf die Frage, wie lange es bräuchte, dieselbe Strecke mit den modernen Segelbooten zurückzulegen, die beim Ocean Race zum Einsatz kommen, antwortete er, dass es lediglich sechs bis acht Tage dauern würde. Die Website, auf der man seine Fragen an Christoph Kolumbus richten kann, ist nun online und unter www.columbustalk.org abrufbar.

Die Seite ist in allen bekannten Sprachen verfügbar und stützt sich auf die Beiträge der renommiertesten Historiker unter der Leitung von Prof. Gabriella Airaldi von der Universität Genua. Die Website wird laufend aktualisiert und soll im Oktober in den USA vorgestellt werden. Ich lade alle herzlich dazu ein, die Seite zu testen und alle möglichen Fragen zu stellen – auch unangenehme Fragen über die anschließende Kolonisierung des Kontinents, über die Beziehungen zu den indigenen Völkern Amerikas und die Proteste, denen Kolumbus derzeit – vor allem auf dem amerikanischen Kontinent – ausgesetzt ist und derer er sich nun dank KI eigenhändig erwehren kann – oder auch nicht.



**Cristoforo Colombo
Rivive Attraverso
L'intelligenza Artificiale**

Genova, Villaggio Ocean Race,
Venerdì 30 giugno ore 13:30

INTRODUCE E MODERA
On. Susy De Martini
Senior Consultant Relazioni Internazionali Comune di Genova

INTERVENTI E SALUTI DI
Marco Bucci, Sindaco di Genova
Barbara Grosso, Consigliere Delegato Affari Internazionali Comune di Genova
Giuseppe Franceschelli, Coordinatore Ambasciatori di Genova nel Mondo
Enrico Granara, Consigliere per le relazioni internazionali del Sindaco
(video messaggio)
Robert Allegrini, President NIAF (video messaggio)
On. Monica Baldi, Vice Presidente FMA e Ambasciatrice
W20 Italia: L'Europa e l'Intelligenza Artificiale
Gabriella Airaldi, Storica-Università di Genova, Colombo fra due Mondi
Lecture di Igor Chierici precedute da un breve filmato
Francesco Rulli, AD Querlo, Colombo e la sua Intelligenza Artificiale

ACQUA ASSOCIATION
La firma di Cristoforo Colombo,
un mistero mai decifrato fino ad ora

**Poster of the conference in Genova that
took place of 30 June 2023.**

Isabella De Martini

ECR, Italy (2013-2014)

isabella.demartini@outlook.it

Europäische Politische Gemeinschaft

NATIONAL SCHOOL OF POLITICAL AND ADMINISTRATIVE STUDIES (SNSPA), RUMÄNIEN | 16 MAI 2023 | ONLINE

Mit der Konferenz zur Zukunft Europas wurde ein einzigartiger Raum geschaffen, in dem Bürgerinnen und Bürger und insbesondere junge Menschen über die Zukunft Europas debattieren und Beiträge zur künftigen EU-Politik leisten können. Die Debatten drehten sich in erster Linie um Demokratie, Gerechtigkeit und die Entwicklung der europäischen Regionen, aber auch um die Außenpolitik und die Beziehungen, die wir als Union zu Drittländern unterhalten sollten.

Ein bürgernäheres Europa wird den Weg für eine sozialere und integrativere Union ebnen. Voraussetzung dafür ist jedoch eine Bestandsaufnahme der Union im Hinblick auf den sozialen, territorialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt. Vor diesem Hintergrund wurde im Zusammenhang mit dem sozialen Europa festgestellt, dass den Bürgerinnen und Bürgern mehr Mitspracherecht eingeräumt werden muss. Angesichts dessen fand am 6. Oktober 2022 in Prag die erste Sitzung einer größeren Anzahl von europäischen Ländern statt: die Europäische Politische Gemeinschaft. Auf dieser neuen Plattform kamen europäische Führungspersonlichkeiten zusammen, um wichtige Fragen zu erörtern, die den europäischen Kontinent betreffen.

Insgesamt 44 Länder wurden zu dieser Sitzung eingeladen. Neben der EU-27 waren die sechs Länder des westlichen Balkans (Albanien, Nordmazedonien, Kosovo, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro), die Länder des assoziierten Trios (Georgien, Moldau, Ukraine), Armenien und Aserbaidschan, die vier EFTA-Länder (Norwegen, Schweiz, Island und Liechtenstein) und schließlich das Vereinigte Königreich und die Türkei vertreten.

Die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) ist eine Plattform für die politische Koordination zwischen den europäischen Ländern auf dem gesamten Kontinent. Ihr Ziel ist es, den politischen Dialog und die Zusammenarbeit in Fragen von gemeinsamem Interesse zu fördern, um die Sicherheit, die Stabilität und den Wohlstand auf dem europäischen Kontinent zu stärken.

Die vorrangigen Bereiche dieser Plattform sind:

- Bewältigung der Flüchtlingskrise und Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg
- Energieversorgungssicherheit
- Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeiten und der Cybersicherheit
- Strategische Widerstandsfähigkeit der europäischen Wirtschaft
- Widerstandsfähigkeit der demokratischen Institutionen

Die Europäische Politische Gemeinschaft kann dazu beitragen, Asymmetrien zu überwinden, da sie die Möglichkeit bietet, Länder, Regionen und jeden einzelnen Bürger und jede einzelne Bürgerin einzubeziehen. Die Europäische Politische Gemeinschaft kann den Zusammenhalt der EU stärken, indem sie es den Ländern ermöglicht, in einer einheitlicheren und repräsentativeren Struktur zusammenzuarbeiten. Mit einer stärkeren politischen Union können die von der EU getroffenen Entscheidungen effektiver sein und die Interessen aller europäischen Bürgerinnen und Bürger besser vertreten werden. Darüber hinaus kann die Europäische Politische Gemeinschaft zur Stärkung der Demokratie in der EU beitragen, indem sie Bürgerbeteiligung,

Transparenz und Rechenschaftspflicht fördert. Es ist jedoch wichtig, daran zu erinnern, dass die Schaffung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft keine leichte Aufgabe ist; sie erfordert ständiges Engagement und Anstrengungen seitens der Mitgliedstaaten und der europäischen Bürgerinnen und Bürger.

Die EU setzt sich aus Ländern mit unterschiedlicher Geschichte, Kultur und Interessen zusammen, und die Schaffung einer stärker integrierten politischen Union erfordert die Achtung und Überbrückung dieser Unterschiede. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft eine Möglichkeit sein könnte, Asymmetrien in der EU zu überwinden und eine stärkere politische und soziale Integration zwischen den Mitgliedsstaaten zu fördern. Dies erfordert jedoch ein kontinuierliches Engagement für Bürgerbeteiligung, Transparenz und Rechenschaftspflicht, um sicherzustellen, dass die demokratischen Systeme die Widerstandsfähigkeit und den Zusammenhalt in der EU wirksam fördern. Nur dann kann das europäische Aufbauwerk ein Ausdruck jeder einzelnen Stimme sein.

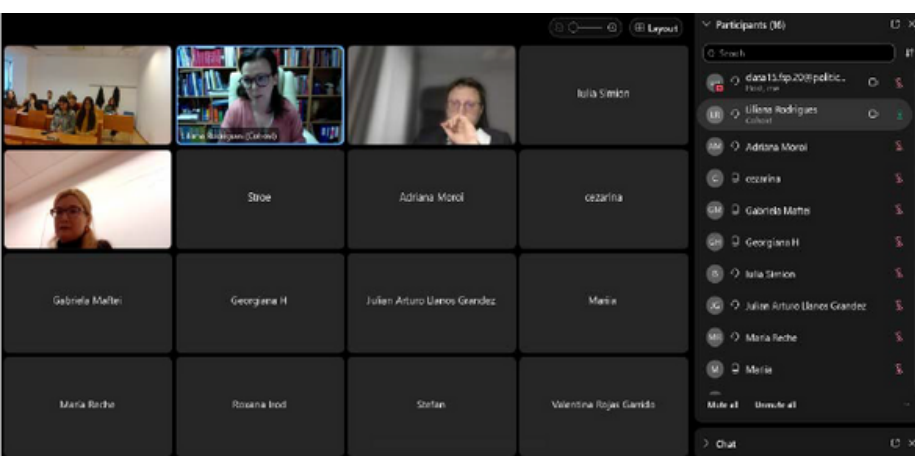
oberer Teil des Formulars

unterer Teil des Formulars

Liliana Rodrigues

S&D, Portugal (2014-2019)

lilianarodrigues2@gmail.com



Liliana Rodrigues during her online lecture at the National School of Political and Administrative Studies on 16 May 2023.

EIN EUROPA DES FRIEDENS IN EINEM NEUEN ZEITALTER DES KRIEGES

CAMPUS BARCELONA – 22. MAI 2023 – ALAIN LAMASSOURE

Wie es schon Jean Monnet prophezeit hatte, entstand das Europa von heute aus den Krisen, die es zu überwinden galt. In der Tat hat es seit 2008 nicht an Krisen gefehlt – die Union konnte sie aber erfolgreich überwinden. Aufgrund des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine schlägt für Europa nun die Stunde der Wahrheit. Europa war ein Raum der Freiheit, der während des Friedens, für den Frieden und durch den Frieden errichtet wurde, und stand den Streitigkeiten in der Welt stets neutral gegenüber. Nachdem bei diesem Krieg die Werte Europas auf dem Spiel stehen, muss es sich nun zu einer echten politischen und diplomatischen Macht entwickeln.

Da es die Menschen in der Ukraine sind, die den Preis für diesen Krieg zahlen, darf der EU-Beitritt der Ukraine weder verweigert noch weiter verzögert werden: Es muss eine Frist bis Ende des Jahrzehnts angestrebt werden. Dieser Beitritt ist aber nicht einfach nur eine Erweiterung, die sich auch auf den Großteil der anderen europäischen Länder auswirkt, die noch nicht der EU angehören, sondern führt auch zu einem echten Wandel in der EU. Das europäische Lamm findet sich plötzlich unter Wölfen wieder.

Angesichts dieses enormen existenziellen Drucks müssen die derzeitigen Mitglieder der Union eine Reihe bislang unüberwindbarer Probleme rasch lösen. Eine umfassende Änderung der Verträge ist auf einmal unumgänglich geworden. Zum Beispiel:

- Bei 27 Ländern ist Einstimmigkeit bei der Unterzeichnung unwahrscheinlich, bei der Ratifizierung sogar unmöglich: Man sollte sich also darauf einstellen, dass zum ersten Mal ein wichtiger europäischer Vertrag nur für jene Länder gilt, die ihn ratifiziert haben, sofern diese eine sehr große Mehrheit (75 oder 80 %) der Mitgliedsstaaten und der europäischen Bürger repräsentieren.
- In einer großen kontinentalen Union, in der ein Dutzend Mitglieder weniger als 4 Millionen Einwohner zählt, würde eine anhaltende Überrepräsentation der kleineren Länder im Europäischen Parlament die demokratische Grundlage des Parlaments in Frage stellen: Es könnte passieren, dass eine Mehrheit von Abgeordneten, die eine Minderheit von Bürgern repräsentiert, einer Minderheit von Abgeordneten, die die Mehrheit der Bürger repräsentiert, ein Gesetz aufzwingt. Auf dieses Problem hat bisher nur das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hingewiesen. Doch auch Frankreich, Italien, Spanien, Polen und die Ukraine selbst wird dieses Problem betreffen.
- Die Außen- und Verteidigungspolitik werden nicht mehr nur Bereiche der bloßen Koordinierung sein: Es wird darum gehen, zu kollektiven Maßnahmen überzugehen und die schwierigsten Themen anzugehen. Das Entscheidungssystem muss neu erfunden werden: Diplomatisches Handeln hängt nicht von Stimmen ab – egal ob das Ergebnis einstimmig oder mit qualifizierter Mehrheit beschlossen wurde.

- Der Krieg in der Ukraine hat auf brutale Weise Länder wie Schweden oder Finnland auf die Grenzen der Neutralität oder auch Deutschland auf die Grenzen des Quasi-Pazifismus aufmerksam gemacht. Doch auch der beispiellos einvernehmliche neue Diskurs über die Notwendigkeit einer europäischen Verteidigungssäule hat nichts daran geändert, dass Frankreich ein neues Militärprogrammgesetz und Deutschland gleichzeitig seine erste Nationale Sicherheitsstrategie beschlossen hat – eine inhaltliche Abstimmung der beiden EU-Größen gab es nicht.
- Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben es nie gewagt, das Problem des EU-Haushalts direkt anzusprechen. Die neuen Verantwortlichkeiten eines größeren Europas erfordern die Übertragung von Ressourcen ebenso wie von Zuständigkeiten.

Wer wagt es also, die Zukunft der Union im Vorfeld der Wahl im nächsten Jahr unter diesen Gesichtspunkten zu thematisieren?



Alain Lamassoure during the on campus EP to Campus event at UPF Barcelona School of Management on 22 May 2023 © UPF



Alain Lamassoure

LDR, EPP, EPP-ED, EPP (1989-1991, 1992-1993, 1999-2009, 2009-2019)
a.lamassoure@wanadoo.fr

Die diplomatische Macht der EU und die Grenzen ihrer Reaktion ZUM KRIEG IN DER UKRAINE

NATIONALE UNIVERSITÄT APREI UND ZAPORIZHZHIA, UKRAINE | 30. MAI 2023 | ONLINE

Ein Vortrag für Mitglieder des ukrainischen Verbands europäischer Integrationsforscher wurde mit einer Begegnung mit Studierenden der Staatlichen Universität in Saporischja kombiniert. Das von den Organisatoren festgelegte Thema betraf die Europäische Union als diplomatische Macht und die Grenzen, auf die sie bei ihrem Engagement im Konflikt in der Ukraine gestoßen ist.

Dem Titel zufolge sollte es bei der Diskussion ausschließlich um Diplomatie gehen. Das wäre ein kurzes Vergnügen geworden. Denn in Zeiten des Krieges schweigt die Diplomatie. Ich schlug meinen Zuhörerinnen und Zuhörern vor, mehr darüber zu sprechen, ob die Europäische Union unter den neuen Bedingungen des Krieges ein vollwertiger Akteur ist, ob sie eine Wirkung erzielt. Und schließlich auch, wie die europäische Verteidigungspolitik vor dem Hintergrund dieses Konflikts aussieht. Der polnische Staat und die Bürgerinnen und Bürger Polens haben da eine besondere Sichtweise. Wir kennen unsere ukrainischen Nachbarn gut, haben Millionen von ihnen bei uns aufgenommen. Wir haben ihren Schmerz kennengelernt. Wir tragen auch ein besonderes Risiko durch ein aggressives Russland. Das erleichtert einerseits die Vermittlung, erschwert sie andererseits aber auch.

Die Veranstaltung, an der mehr als 100 Personen teilnahmen, dauerte, wie geplant, anderthalb Stunden. Tatsächlich führte nur ein Bombenalarm an einigen Orten in der Ukraine zu einem Zuhörerschwund.

Aus meinen Ausführungen und der anschließenden Diskussion ergaben sich einige Schlussfolgerungen:

Die erste ist die unzureichende Kenntnis der tatsächlichen finanziellen und militärischen Beteiligung der EU und der Mitgliedstaaten am Kampf gegen Russland.

Wir zeigen nicht in ausreichendem Maße die enormen Anstrengungen der Mitgliedstaaten, wir werben nicht dafür. Die ukrainische öffentliche Meinung wird geprägt durch amerikanische Waffen, und nicht durch europäisches Geld.

Man weiß Flüchtlingshilfe und humanitäre Hilfe im Allgemeinen zwar zu würdigen, aber die europäische Komponente verblasst im Schatten von Explosionen an der Front und wirksamen Drohnen.

Die Ukrainerinnen und Ukrainer wissen es zu schätzen, dass die Europäische Union ihre Tür für die Ukraine geöffnet hat, sind sich jedoch nicht bewusst, dass die offene Tür nicht garantiert, dass sie auch durch sie eintreten können.

Ihnen ist nicht klar, wie schwierig Beitrittsverhandlungen sind. Hier kann es aber keine Vorzugsbehandlung geben. In ihrem Interesse und in unserem.

Die Ukraine erwartet zu Recht, dass die Welt ihr für ihren Kampf in unserem gemeinsamen Interesse Anerkennung zollt. Die Erwartung einer Abkürzung in die EU ist zu spüren. Meine Gesprächspartner betrachteten den Beitritt nicht als einzigartige Gelegenheit, das Recht, die Wirtschaft und die Mentalität der Gesellschaft zu ändern. Sondern einfach als Gelegenheit, den ukrainischen Staat zum Besseren zu ändern. Aufgrund der Erfahrung Polens weiß ich, wie wirksam das Brüsseler Schreckgespenst in der Gesetzgebungstätigkeit sein kann.

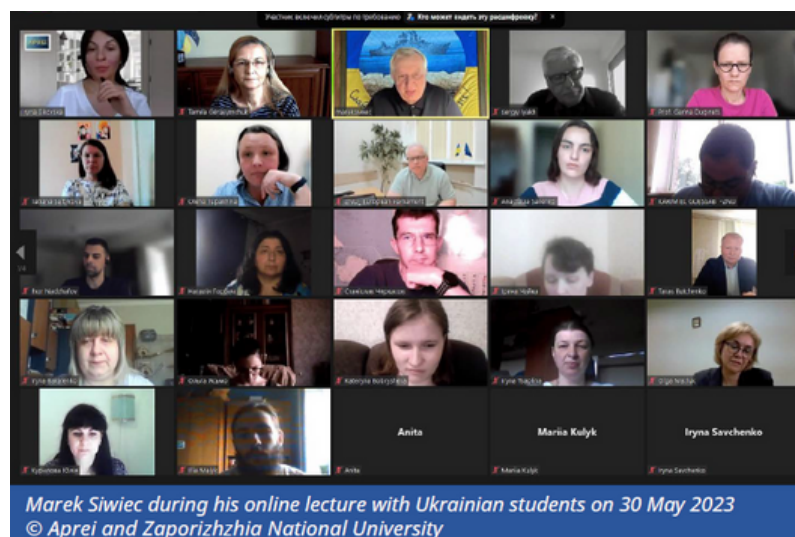
Partner können helfen, aber wir können ihnen nicht all diese Pflichten abnehmen. Heutzutage fällt es vor dem Hintergrund des Krieges und täglich neuer Opfer schwer, dieses Thema anzusprechen. Aber je früher wir das tun, desto besser. Die Ukraine erwartet ein Kampf gegen die Korruption, die Förderung neuer Eliten, die Dezentralisierung des Staates, die Einführung einer kommunalen Selbstverwaltung. Seit vielen Jahren beobachten wir die Scheinreformen am Dnipro. Es ist Zeit, Ernst zu machen. Auf ihrer Seite gab es zu viel Opfer, und wir haben zu viel Geld ausgegeben, als dass es diesmal nicht gelingen sollte!

Ich ermuntere meine Kolleginnen und Kollegen, die ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments, nachdrücklich, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen. Als ehemalige Politiker sind wir glaubwürdig und bei solchen Kontakten immer noch recht gefragt. Wir sind Menschen, die viel erlebt haben, viel wissen und noch immer in der Lage sind, mehr zu sagen und sich klarer auszudrücken.

Marek Siwiec

PES, Poland (2004-2014)

msbike@me.com



EUROPEAN YOUTH EVENT

Eine unvergessliche Erfahrung in Straßburg

Im Rahmen meines Schuman-Praktikums beim Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments wurde mir die Ehre zuteil, am 9. und 10. Juni 2023 als Freiwillige am Europäischen Jugendevent (EYE) teilzunehmen. Ziel dieser Veranstaltung ist es, tausende junge Menschen aus ganz Europa im Europäischen Parlament in Straßburg zusammenzubringen, um über politische, soziale und kulturelle Fragen zu diskutieren. Es ist eine einmalige Gelegenheit für junge Menschen, die sich ausdrücken, ihre Ideen teilen und mit Mitglieder des Europäischen Parlaments, Sachverständigen und anderen engagierten jungen Menschen interagieren möchten. So hatte ich die Möglichkeit, im Plenarsaal an Debatten, insbesondere über die Gleichstellung der Geschlechter und ethnische Minderheiten in Europa, teilzunehmen. Es bestand ferner die Möglichkeit, die Veranstaltung im Internet zu verfolgen.

Ich gehörte dem Team von Freiwilligen an, die sich um die Akkreditierung kümmerten, d. h. ich war damit betraut, die Legitimation der Teilnehmenden zu prüfen. Dadurch wurde mir bewusst, dass die Teilnehmenden sehr unterschiedliche Hintergründe hatten und teilweise sogar von außerhalb Europas kamen. Bei der diesjährigen Auflage konnten wir mehr als 10 000 Teilnehmende begrüßen. Während einige an der Veranstaltung teilnahmen, um sich zu ganz bestimmten Themen zu äußern, und somit ein klares Ziel vor Augen hatten, kamen andere zum EYE, um eine einzigartige Erfahrung im Europäischen Parlament zu machen und gleichzeitig das schöne Straßburg kennenzulernen.

Neben den Debatten wurden zahlreiche andere Aktivitäten organisiert. Ein Großteil der Aktivitäten war der Mehrsprachigkeit in der Europäischen Union gewidmet. Interessierte konnten in die Rolle eines Dolmetschers schlüpfen und hatten die Möglichkeit, eine Rede zu verdolmetschen und anschließend Feedback von einem Dolmetscher des Parlaments zu erhalten. Auch wurden interaktive Spiele organisiert, um die Kenntnisse der 24 Amtssprachen der Europäischen Union zu testen. Es bestand ferner die Möglichkeit, an Arbeitssitzungen mit anderen Institutionen, die Beziehungen zu der Europäischen Union unterhalten, beispielsweise der Europarat, teilzunehmen.



Former FMA Trainee Isa-Marie Ménart during the European Youth Event in Strasbourg on 9 and 10 June 2023.

Die Feierlichkeiten waren nicht ausschließlich auf das Europäische Parlament beschränkt. Das EYE-Dorf befand sich auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Dort waren zahlreiche Stände zu unterschiedlichen Themen wie etwa „Laufbahnen in der Europäischen Union“, den Vereinten Nationen usw. aufgebaut. Zudem waren dort eine Vielzahl an Foodtrucks zu vorzufinden, um sich zwischen den einzelnen Aktivitäten zu stärken.

Die jungen Teilnehmenden werden ermutigt, ihre Meinungen auszutauschen, Empfehlungen zu formulieren und konkrete Projekte vorzustellen. Die Ergebnisse und Ideen, die aus der Veranstaltung hervorgehen, werden anschließend in einem Bericht gesammelt, der den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und den politischen Entscheidungsträgern übermittelt wird, um Einfluss auf die EU-Politik zu nehmen und der jungen Generation eine Stimme zu verleihen.

Für mich persönlich war es eine einzigartige Erfahrung, da ich für die Situation sensibilisiert wurde, in der sich einige junge Europäerinnen und Europäer befinden, und mir bewusst wurde, dass diese Situation je nach Land unterschiedlich ist. So etwa wird ein Homosexueller in Belgien nicht dieselben Erfahrungen wie in Ungarn machen. In diesem Zusammenhang kommt die Bedeutung von EYE in vollem Umfang zum Tragen: Ziel ist es, auf Geschehnisse in den Mitgliedstaaten mit Blick auf zentrale Themen aufmerksam zu machen und Empfehlungen abzugeben, um die Situation zu verbessern.

Zusammenfassend ist das Europäische Jugendevent (EYE) des Europäischen Parlaments eine Gelegenheit für junge Europäerinnen und Europäer, um zusammenzukommen, zu diskutieren und aktiv zu den Debatten über die Zukunft Europas beizutragen, wobei der Schwerpunkt insbesondere auf der demokratischen Teilhabe und der Bürgerbeteiligung liegt.

Isa-Marie Ménart

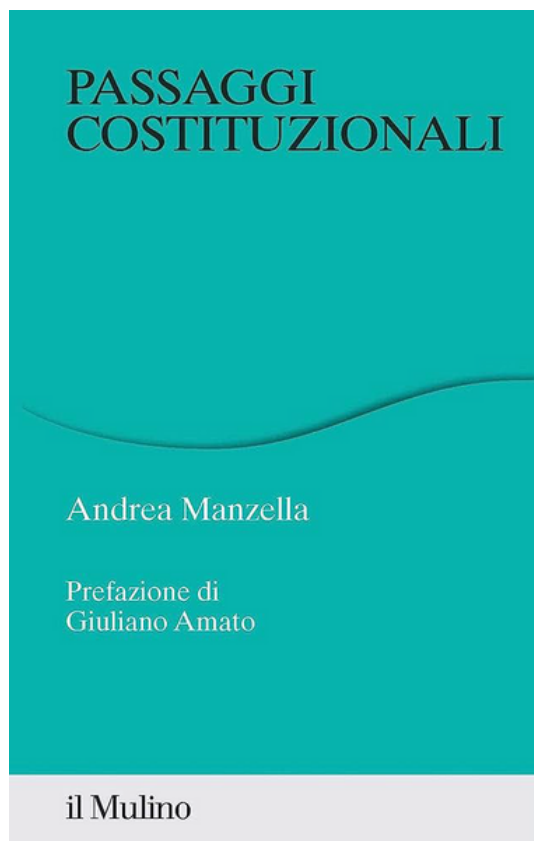
FMA Schuman Trainee

February - July 2023



Former FMA Trainee Isa-Marie Ménart during the European Youth Event in Strasbourg on 9 and 10 June 2023.

Rezension des Buches „Passaggi costituzionali“ - Autorin: Andrea Manzella, Verlag: Il Mulino (März 2023)



Für dieses Buch hat Andrea Manzella einige der bedeutsamsten Texte aus seinem umfangreichen öffentlichen Wirken als italienischer Parlamentarier, Mitglied des Europäischen Parlaments, Berater, Autor von Abhandlungen und Universitätsprofessor ausgewählt. „Eines dieser reinrassigen Pferde, die man sofort erkennt“, so die bildstarke Definition von Giuliano Amato. Ich hatte das Privileg, mit ihm befreundet zu sein und einen Sitz im Europäischen Parlament und im Verein der ehemaligen Mitglieder zu teilen, wo er dieses Bulletin angeregt und mit Leben erfüllt hat.

Ausgehend von einer Perspektive der Renaissance und anhand seiner eigenen Lebenserfahrung begutachtete er das europäische Aufbauwerk – ein offener, sich konstituierender Prozess, wobei er Intuition und Kalkül für dessen künftige Entwicklungen an den Tag legte.

Besonders interessant erschienen mir der dritte und vierte Teil des Buches, die sich mit der „Union der Verfassungen“ befassen und Zitate über „Parlamentarier bei der Arbeit“ enthalten. Ich möchte auch auf die Einführung origineller Begriffe wie „föderales Parlament“ und „europäisches parlamentarisches System“ eingehen. Die Herausbildung der Gründungsidentität der EU, als deren Ausgangspunkt die Staaten, die Bürger und die Währung fungieren, empfand ich als sehr scharfsinnig: Dazu gehörte eine Reflexion über die Grenzen der Souveränität als absolutes Konzept – was im Manifest von Ventotene umrissen und in der italienischen Verfassung von 1948 bahnbrechend verankert wurde – und über den Pfeiler des Gemeinschaftsstaats.

Durch die Untersuchung des Verhältnisses zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten als System, in dem den Konventen ein konstituierender Wert zukommt, wird eine Überlegung vervollständigt, die den Wert und die Anschaulichkeit hat, um zu zeigen, dass es sich nicht um konzentrische Sphären handelt, sondern um einen tiefgreifenden föderalen Prozess. Dieser Begriff stammt vom lateinischen foedus, einem feierlichen Vertrag über gegenseitige Unterstützung, der zwischen Rom und anderen Völkern abgeschlossen wurde.

Kurz gesagt, diese Textpassagen spiegeln den einschneidenden intellektuellen Werdegang eines civis romanus, eines engagierten und stets aktiven europäischen „Erbauers“, wider.

Enrique Barón Crespo

PES, Spain (1986-2009)

enriquebaronfundacion@gmail.com

DIE EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE: GESCHICHTLICHE UND BEGRIFFLICHE ANNÄHERUNG - Autor: Carlos Ma Bru Purón, Verlag: Agencia Estatal Boletín Oficial del Estado



Das Buch des ehemaligen Mitglieds des Europäischen Parlaments Carlos María Bru Purón (1986-1994 und 1999) bietet Einblicke in die „partizipative Demokratie“ in einer Ausprägung, die der Autor als „quasi-direkt“ bezeichnet (in Abgrenzung zu einer geschlossenen „direkten“ Demokratie und einer Demokratie mit plebiszitären Elementen).

Er kritisiert die Zurücksetzung der partizipativen gegenüber der repräsentativen Demokratie in den EU-Verträgen (Artikel 10 und Artikel 11 Absatz 4 EUV).

Im Rahmen des „quasi-direkten“ Systems prüft der Autor Vorabkonsultationen und nachträgliche Konsultationen – ob sie nun verbindlich sind oder nicht –, die von öffentlichen Stellen durchgeführt werden.

In diesem Zusammenhang befasst sich Carlos María Bru Purón auf einer europäischen Ebene unter anderem mit den aufeinanderfolgenden „Konventen“, die auf der Grundlage des Weißbuchs „Europäisches Regieren (COM(2001)428) mit (aufgelisteten) Organisationen der Zivilgesellschaft abgehalten wurden, sowie mit dem jüngsten Vorzeigeprojekt, der „Konferenz zur Zukunft Europas“.

Unter dem Titel „Tomorrow’s Europe“ behandelt er auf mehreren Seiten ein Treffen zwischen Beamten der Kommission und zwischen unter 3500 Freiwilligen ausgelosten 362 europäischen Bürgern – soz. ein interessantes, wenn auch im Sande verlaufenes Experiment, das im Jahr 2002 im Europäischen Parlament stattfand. Und er zeigt die Ergebnisse dieser Veranstaltung auf.

Im Mittelpunkt der Arbeit steht – wie auch aus dem Titel hervorgeht – die in einem „quasi-direkten“ Rahmen vorgesehene Möglichkeit einer legislativen Bürgerinitiative, einem in der Bürgerschaft verankerten Rechtsmechanismus, der von einer Mindestzahl von Personen (einer Million) unterstützt werden muss und an staatliche Stellen gerichtet ist. Folgende Merkmale der legislativen Bürgerinitiative müssen gegeben sein: freiwillige Unterstützung, ein spezifischer Inhalt, deliberativer Ursprung und Antrieb, delegativ und zugleich ermächtigend (für die Unterzeichner), im Internet durchführbar (online), Forderung nach einer Reaktion.

Der Autor verschafft einen Überblick über diese in 84 Staaten der Welt bestehende Institution und legt einen besonderen Schwerpunkt auf 26 EU-Staaten sowie auf die Autonomen Gemeinschaften in Spanien und mehrere Staaten und Regionen in Nordamerika sowie Argentinien, Mexiko usw.

Eine geschichtliche Untersuchung der Entstehung und Entwicklung der Europäischen Bürgerinitiative durch aufeinanderfolgende Verträge und Ad-hoc-Vorhaben (Maastricht, Schüssel/Dini-Vorschlag, Charta der Grundrechte, Erklärung von Laeken, Erster Europäischer Konvent, Rom II (nicht in Kraft getreten) und Wiederaufleben im aktuellen Vertrag von Lissabon und in seinen beiden Komponenten EUV und AEUV) mündet in einer Auslegung der geltenden EU-Verordnung 2019/788 (durch die die Verordnung 2011/211 ersetzt wird).

Dadurch wird dem Autor die Möglichkeit eingeräumt, verschiedene Aspekte einer solchen Verordnung und vor allem deren Anwendung zu kritisieren. Angefangen bei der zögerlichen Herangehensweise bei allen Bürgerinitiativen (in Artikel 11 EUV in Anspielung auf das Wort „auffordern“, in der engl. Fassung „inviting“) über das unzulängliche System der Verteilung der Unterschriften in den einzelnen Mitgliedsstaaten und den widersprüchlichen Aspekt der demographischen Herkunft, die ungerechtfertigterweise von der Vergabe der Parlamentssitze kopiert wurde, bis hin zur absoluten Entscheidungsfreiheit der Europäischen Kommission, die dazu geführt hat, dass nur zwei von Hunderten von Vorschlägen ihren Weg ins Europäische Parlament gefunden haben – die Kritik von Carlos María Bru Purón, die mit jener anderer Autoren übereinstimmt, hat es in sich.

In seinen Anmerkungen zu der Verordnung 2019/788 zeigt der Autor Wege auf, wie solche Fehler anhand von Rechtsgrundsätzen – darunter von Kelsen, aktualisiert durch Bobbio – behoben werden können, sodass die Wirksamkeit von Vorschriften ab dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens gegeben ist.

Joan Colom i Naval

PES, Spain (1986-2004)

joan.colom@economistes.com

IN MEMORIAM

**Sabine WILS**

18 Juni 2023

GUE/NGL, Deutschland (2009-2014)

Sie war deutsches Mitglied des Europäischen Parlaments. Auf nationaler Ebene vertrat Frau Wils die Linke.

**Winifred M. EWING**

21 Juni 2023

EPD, EDA, RBW, ERA, Vereinigtes Königreich (1979-1999)

Sie war britisches Mitglied des Europäischen Parlaments. Auf nationaler Ebene vertrat Frau Ewing die Scottish National Party.

**Arnaldo FORLANI**

6 Juli 2023

EPP, Italien (1989-1994)

Er war italienischer Abgeordneter im Europäischen Parlament. Auf nationaler Ebene vertrat Herr Forlani Democrazia Cristiana.

**Ann CLWYD**

21 Juli 2023

SOC, Vereinigtes Königreich (1979-1984)

Sie war britisches Mitglied des Europäischen Parlaments. Auf nationaler Ebene vertrat Frau Clwyd die Labour Party.

**Vittorio PRODI**

30 Juli 2023

ALDE, S&D, Italien (2004-2009, 2009-2014)

Er war italienischer Abgeordneter im Europäischen Parlament. Auf nationaler Ebene vertrat Herr Prodi die Partito Democratico.

IN MEMORIAM



Hélène CARRÈRE d'ENCAUSSE

5 August 2023

EDA, UFE, FrankREICH (1994-1995, 1995-1999)

Sie war französisches Mitglied des Europäischen Parlaments. Auf nationaler Ebene vertrat Frau Carrère d'Encausse Rassemblement pour la République.



Bryan M.D. CASSIDY

8 August 2023

EPP-ED, Vereinigtes Königreich (1984-1999)

Er war britischer Abgeordneter im Europäischen Parlament. Auf nationaler Ebene vertrat Herr Cassidy der Conservatives and Unionists Party.



Véronique TRILLET-LENOIR

9 August 2023

Renew, Frankreich (2019-2023)

Sie war französisches Mitglied des Europäischen Parlaments. Auf nationaler Ebene vertrat Frau Trillet-Lenoir die Liste Renaissance.

EUROPÄISCHE WAHLEN 2024



EUROPAWAHL 2024: BEI GEMEINSAMEN HERAUSFORDERUNGEN STÄRKER ZUSAMMENARBEITEN

Vom 6. bis zum 9. Juni 2024 findet die zehnte Europawahl statt. Mehr als 400 Millionen Europäerinnen und Europäer – das sind mehr Menschen als in den Vereinigten Staaten leben – dürfen über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments für die nächsten fünf Jahre entscheiden, des einzig direkt gewählten multinationalen Parlaments mit Gesetzgebungs-, Kontroll- und Haushaltsbefugnissen. Das Europäische Parlament wählt anschließend einen neuen Präsidenten oder eine neue Präsidentin der Europäischen Kommission – des Exekutivorgans der EU – und genehmigt das Kollegium der Kommissionsmitglieder. Bei dieser Wahl steht viel auf dem Spiel. Es geht darum, in welchem Europa wir leben wollen.

Zahlreiche Krisen und gemeinsame Erfolge

Ein Jahr vor diesem entscheidenden Tag für die europäische Demokratie lohnt sich ein Blick in Vergangenheit und Zukunft. Wir mussten zwar zahlreiche Herausforderungen meistern, haben aber auch viel erreicht.

Kurz nachdem sich die EU auf den Grünen Deal geeinigt hatte – mit dem Ziel, Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen – brach Ende 2019 die Corona-Pandemie aus. Sie war die größte Gesundheits- und sozioökonomische Krise, die Europa seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt hat. Millionen von Menschen haben ihr Leben verloren. Die EU ist in diesen Zeiten zusammengedrückt und hat sich für die rasche Entwicklung und gerechte Verteilung von Impfstoffen eingesetzt. Das größte Investitionsprogramm der EU aller Zeiten, zu dem auch der 750 Mrd. EUR schwere NextGenerationEU-Fonds gehört, wurde angenommen, um den wirtschaftlichen Aufschwung sowie den digitalen, ökologischen und sozialen Wandel zu unterstützen.

Am 9. Mai 2021 wurden im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas – der größten und umfassendsten gesamteuropäischen Übung in der partizipativen Demokratie – 49 Vorschläge und 326 konkrete Maßnahmen zur Gestaltung der Europäischen Union von morgen angenommen. Im darauffolgenden Jahr startete Wladimir Putin am 24. Februar 2022 seinen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der weitreichende humanitäre, soziale und wirtschaftliche Folgen hat. Trotz aller Schwierigkeiten trat die EU geeint und entschlossen auf, unter anderem durch die Annahme von elf beispiellosen Sanktionspaketen und Maßnahmen zur Bewältigung der anschließenden Migrations-, Energie- und Inflationskrise.



Gemeinsame Herausforderungen und die Zukunft Europas

Zweifellos zeigt das gemeinsame europäische Handeln, was wir auf der Grundlage einer liberalen Demokratie und unseres politischen Willens zur Zusammenarbeit erreichen können. Trotz Fortschritten und Erfolgen ist unser europäisches Einigungswerk noch nicht vollendet, die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas sind noch nicht vollständig umgesetzt, und unsere Zusammenarbeit muss noch umfassender werden. Die EU ist noch keine Energieunion, keine Sicherheits- und Verteidigungsunion, keine digitale, gesundheitliche und soziale Union – und keine Wirtschafts- und Währungsunion.

Unser Binnenmarkt ist noch nicht eins mit dem Schengen- und dem Euro-Raum. Die EU hat die Asyl- und Migrationskrise noch nicht im Griff. Und wir sind in den Bereichen Energie, Technologie, Umwelt und Klima immer noch zu abhängig und erpressbar.

Wir müssen nach wie vor komplexe Herausforderungen bewältigen, die kein Staat allein meistern kann: den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die Energie- und Klimakrise, die globale Wettbewerbsfähigkeit, die Digitalisierung, künstliche Intelligenz, die Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformation. Auch das politische Umfeld verändert sich: Für Extremisten, Populisten und Nationalisten sind Polarisierung und Konfrontation wichtiger als die Suche nach gemeinsamen Lösungen. Es ist ein Teufelskreis: Unsere liberale Demokratie muss sich beweisen – außerhalb und innerhalb der EU. Eine einfache Antwort gibt es nicht – die Realität ist zu komplex. Frieden, Freiheit und Demokratie dürfen nicht selbstverständlich sein. Ethik und Moral sind in den letzten Jahren nicht einfach vom Himmel gefallen. Wir müssen alles tun, um diese gemeinsamen Erfolge zu festigen und unsere Zusammenarbeit weiter auszubauen. Nur geeint können wir Geschichte schreiben, gemeinsame Lösungen finden, unsere Ziele erreichen und Vertrauen zurückgewinnen.

Kommunikationskampagne des Europäischen Parlaments

Als Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments bin ich für die Informationspolitik zuständig. Die Kommunikationskampagne des Parlaments für die Europawahl liegt mir daher am Herzen. Informationen schaffen Bewusstsein und sind enorm wichtig für unsere Demokratie.

Unsere institutionelle Kampagne ergänzt die Wahlkampagnen der einzelnen Fraktionen. Sie soll einerseits möglichst viele Bürgerinnen und Bürger über die Wahl informieren und aufzeigen, warum die Stimmabgabe bei der Europawahl wichtig ist und wann die Wahl stattfindet. Andererseits soll sie möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in den demokratischen Prozess einbinden. Denn letztlich geht es darum, dass möglichst viele Menschen helfen, über die Wahl und die Bedeutung der Stimmabgabe zu informieren.

Zwei Botschaften: „Ergebnisse“ und „Demokratie“

Die Botschaft für die Wahl 2024 umfasst zwei zentrale Punkte. Zunächst geht es um Ergebnisse. Die Bürgerinnen und Bürger sollen erfahren, im Rahmen welcher Befugnisse das Europäische Parlament ihr Leben verändern kann und warum es wichtig ist, wählen zu gehen. Auch wenn dieser Aspekt bereits Teil der allgemeinen Kommunikationstätigkeiten des Parlaments ist, möchten wir im Laufe des Jahres 2023 mehr Fokus darauflegen. Es müssen zusätzliche Instrumente entwickelt werden, die den Medien helfen sollen, die wichtigsten legislativen Themen der vergangenen Wahlperiode zu verstehen. Die ergebnisbezogene Botschaft muss im direkten Zusammenhang mit der Europawahl stehen. Die Abgeordneten müssen dabei unterstützt werden, diese Botschaft selbst an ihre eigenen Wähler weiterzugeben – und zwar angepasst an deren individuelle Lebensrealität. Und zusätzliche Instrumente wie die Website „Das tut die EU für mich“ müssen genutzt und gefördert werden. Die ergebnisbezogenen Botschaften sind keine klassische „Wahlkampagne“, sondern ein redaktionelles und kommunikationsförderndes Konzept, das je nach Publikum und Kanal sowohl rational als auch emotional aufbereitet werden kann.

An zweiter Stelle steht die Botschaft der Demokratie. Dabei geht es um die eigentliche Kampagne und um die verschiedenen Werbe- und sonstigen Kommunikationsmaßnahmen, die ihr zugrunde liegen. Bei der Botschaft selbst geht es um die Bedeutung des demokratischen Engagements, unabhängig von politischen Einstellungen oder Meinungen zur EU. Die Stimmabgabe ist nicht nur das wichtigste Instrument, das den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung steht, um „ihre Zukunft zu wählen“ und das Europa von morgen mitzugestalten, sie ist auch eine Möglichkeit, die Demokratie zu schützen: Denn ein stärkeres Europäisches Parlament bedeutet eine stärkere Demokratie. Beide Botschaften ergänzen sich – wir haben also eine parlamentarische Demokratie auf der einen Seite und die Ergebnisse auf der anderen. So gestalten wir das Umfeld, das die kommenden Jahre prägen wird.

Nicht zuletzt geht es bei der Europäischen Union um „uns alle“. Wir, die Bürgerinnen und Bürger Europas, haben unsere gemeinsame Zukunft in der Hand. Mehr denn je ist es jetzt wichtig, dass wir unsere Zusammenarbeit vertiefen, diskutieren, Gründe darlegen und unsere Werte stärken, damit die Menschen in der EU auch bei nationalen und regionalen Parlamentswahlen ihre Stimme abgeben. Denn schließlich ist es die Zusammensetzung der Parlamente, die die Politik der Zukunft prägt.

Othmar Karas

First Vice-President of the
European Parliament

othmar.karas@europarl.europa.eu

ÜBERWACHUNG DER HAUSHALTSMITTEL IN SICH WANDELNDEN ZEITEN, EINE ZENTRALE AUFGABE DES PARLAMENTS

Ein Haushalt ist Ausdruck politischer Entscheidungen. Das ist für die europäische Ebene nicht anders. Der EU-Haushalt unterscheidet sich jedoch von einem Haushalt, wie wir ihn in unseren Mitgliedsstaaten kennen. Eine der größten Besonderheiten des EU-Haushalts sind die Rolle und die Auswirkungen des mehrjährigen Haushaltsplans: der sogenannte mehrjährige Finanzrahmen (MFR). In einem Zyklus von bis zu zehn Jahren einigen sich die Kommission, der Rat und das Parlament darauf, wie und wo europäische Mittel verwendet werden sollen. Nach einer langen Vorbereitung mit Verhandlungen bis spät in die Nacht und den üblichen politischen Schachzügen wurden 2020 die Beträge und Obergrenzen für den derzeitigen MFR, der bis Ende 2027 in Kraft ist, vereinbart.

Dies schränkt den Spielraum für das jährliche Haushaltsverfahren erheblich ein, aber andererseits werden alle Beteiligten, insbesondere die Endbegünstigten, Zugang zu den für die kommenden Jahre vorgesehenen Mitteln haben. Der EU-Haushalt ist nach wie vor in erster Linie ein kurz- und mittelfristiger Investitionshaushalt. Und obwohl immer wieder Stimmen laut werden, die eine grundlegende Reform der gesamten MFR-Struktur fordern, erweist es sich als schwierig, historisch gewachsene Gewohnheiten aufzugeben.

Als die Union im Vorfeld des derzeitigen MFR 2021-2027 mit dem Brexit und der COVID-19-Pandemie konfrontiert war, wurden innerhalb eines sehr begrenzten Zeitrahmens zusätzliche Initiativen auf den Weg gebracht. Dass dabei einige mentale Hürden überwunden und Tabus gebrochen wurden, ist allgemein bekannt.



Die Rückzahlung von Darlehen für den Aufbauplan der EU wird unseren Haushalt über Jahrzehnte belasten. Und die Finanzierungsmethode selbst, ein gemeinsames Schuldinstrument, das die EU zu einem wichtigen Akteur auf dem Anleihemarkt gemacht hat, dürfte sich bereits dauerhaft auf die Entwicklung der EU auswirken. Für einige ist dies ein willkommener Schritt und ähnelt dem, was Präsident Hamilton 1790 für die USA getan hat.

Deshalb haben wir 2021 einen MFR in Verbindung mit einem Aufbauplan auf den Weg gebracht. Damit wurde auch das Ziel verbunden, die oft seit langem bestehenden und allseits bekannten strukturellen Herausforderungen anzugehen, die das weitere Wachstum und die Entwicklung unserer Mitgliedstaaten behindern. Dabei machen die nationalen Aufbaupläne der Aufbau- und Resilienzfazilität den größten Teil des Aufbauplans aus. Eine neue Art der lohnenden Verwendung von EU-Mitteln: keine festen Finanzrahmen, sondern zielgebundene Zahlungen (die sogenannten Etappenziele und Zielwerte), die von den Mitgliedstaaten selbst als verbindliche Bedingungen vorgeschlagen werden. Dies bedeutet eine stärkere Einbeziehung der Mitgliedstaaten, aber auch erhöhte Risiken in Bezug auf Kontrolle und Überwachung. Inzwischen scheint die COVID-Pandemie eine ferne Erinnerung zu sein. Glücklicherweise, würde ich sagen. Aber eine Rückkehr in die Welt von früher scheint für immer vorbei zu sein. Im Februar 2022 wurde die Ukraine von Russland brutal angegriffen,

und in Europa finden die größten Kriegshandlungen seit dem Zweiten Weltkrieg statt, mit all dem menschlichen Elend, das damit verbunden ist. Gleichzeitig ist klar, dass sich niemand über den autokratischen Charakter der Volksrepublik China Illusionen machen sollte und dass wir schon viel zu lange viel zu naiv mit einer aufstrebenden Weltmacht Handel getrieben haben, die unsere Werte ganz sicher nicht teilt.

Die zahlreichen Krisen der letzten Jahre, bei denen alle auch von der EU zumindest teilweise Lösungen erwarten, stellen den derzeitigen MFR auf die Probe. Aufgrund des Hilfebedarfs in der Ukraine sind die Spielräume für die Bereitstellung humanitärer Hilfe bereits in der Mitte des Programmplanungszeitraums ausgeschöpft, und auch die Inanspruchnahme der verschiedenen Flexibilitätsinstrumente stößt an ihre Grenzen. Aus diesem Grund wird auch eine Halbzeitüberprüfung des derzeitigen MFR stattfinden.

Für den Planungszeitraum, der auf den derzeitigen Programmplanungszeitraum folgt, d. h. nach 2027, häufen sich die Herausforderungen. Abgesehen von den endgültigen Entscheidungen zwischen den Politikbereichen und den Beträgen, die zum Teil vom neuen konstituierten Parlament bestimmt werden, gibt es eine Reihe von Neuerungen, die die Aufgabe beim nächsten Mal noch komplexer machen. Da ist zunächst die Geschwindigkeit, mit der sich eine Reihe von Veränderungen in Europa und auf der Weltbühne vollziehen. Wenn die EU eine wichtige Rolle spielen soll, muss sie bereit sein, sich ständig anzupassen und ihre Rolle weiter auszubauen.

In dieser Hinsicht wird eine schärfere Abgrenzung der Kernaufgaben wichtig sein, aber damit der MFR als Instrument für eine solide Finanzplanung und Haushaltsdisziplin gut funktioniert,

wird auch mehr Flexibilität erforderlich sein, um bei Bedarf reagieren zu können und sich auf wechselnde Situationen einzustellen.

Zweitens geht es natürlich um die Rückzahlung des Aufbauplans. Dies wird den Umfang der laufenden Programme stark unter Druck setzen und wirft die Frage auf, wo die sehr begrenzten Mittel als Teil der gesamten europäischen öffentlichen Ausgaben eingesetzt werden sollen. Die Erzielung eines echten europäischen Mehrwerts sollte das Leitprinzip sein. Vor allem aber dürfen wir nicht vergessen, dass jede Krise eine Chance für unsere gemeinsame Zukunft, für Wachstum und für neue Arbeitsplätze ist. Daher ist die Qualität unserer Ausgaben von entscheidender Bedeutung.

Um für die Zukunft als Parlament gewappnet zu sein und sich strukturell in diese anstehenden Diskussionen einzubringen, hat die Leitung unserer Institution eine interne Maßnahme eingeleitet, die auch die Rolle des Parlaments als Aufsichtsorgan über die Ausgaben stärken wird. Das ist dringend notwendig und in dieser sich schnell verändernden Welt vielleicht sogar die Aufgabe schlechthin für uns als Volksvertreter: nämlich die ordnungsgemäße, korrekte Verwendung der der EU von den Steuerzahlern anvertrauten Mittel zu überwachen und dazu beizutragen, die Politik für unsere Zukunft und die unserer Kinder weiter zu verbessern.

Johan Van Overtveldt

Chair of the EP Budget Committee
johan.vanoverveldt@europarl.
europa.eu

EIN UNIONSWEITER WAHLKREIS ZUR VERTIEFUNG DES EUROPÄISCHEN ÖFFENTLICHEN RAUMS

Am 3. Mai 2022 nahm das Europäische Parlament einen Vorschlag für ein neues europäisches Wahlgesetz an – ein grundlegender Schritt zur Verbesserung des europäischen öffentlichen Raums und zur Vertiefung der Beteiligung der europäischen Bürgerinnen und Bürger an der Demokratie in der Union. Es käme idealerweise bereits bei der Europawahl 2024 zur Anwendung.



Es gibt viele Gründe für die Vorlage dieses neuen Wahlgesetzes. In den zehn Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Ende der 2000er Jahre hat eine Reihe von Faktoren deutlich gemacht, dass das gemeinsame Handeln unserer Union dringend gestärkt und ihr verfassungsrechtlicher Rahmen aktualisiert werden muss: die Ungleichheit, die durch die Krise im Euro-Währungsgebiet verstärkt wurde, die Herausforderungen an unseren Grenzen, der Klimanotstand, die Digitalisierung unserer Gesellschaften und die Umgestaltung der Arbeitsbeziehungen. Dann, im Jahr 2020, brach die COVID-19-Pandemie über Europa herein und hatte zur Folge, dass in Europa Staatsschulden in ungeahnten Höhen aufgenommen wurden, um die Aufbaupläne zu finanzieren, und dass Fortschritte bei der Schaffung einer Gesundheitsunion gemacht wurden;

und zu allem Überfluss begann Wladimir Putin im Februar 2022 seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Daher sind institutionelle Innovationen erforderlich, um einen europäischen öffentlichen Raum zu konsolidieren und die europäische Demokratie zu stärken. Unter anderem ist ein neues Wahlsystem mit klareren Regeln erforderlich.

Der Status quo und seine Inkohärenzen

Heutzutage gibt es kein einheitliches Verfahren für die Wahlen zum Europäischen Parlament, obwohl dies mit dem Vertrag vereinbar wäre. Dies führt u. a. zu erheblichen Unstimmigkeiten bei der Nominierung der Kandidaten, den Zeiträumen des Wahlkampfs, den Wahltagen, den Methoden für die Zuteilung der Sitze und dem Alter für die Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts. Ein bemerkenswerter Punkt auf der Tagesordnung dieses neuen Vorschlags ist die Beseitigung der Hindernisse für das Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen und europäischen Bürgerinnen und Bürgern, die in einem anderen Land leben.

Noch wichtiger ist aber die politische Dimension der Wahlen: Es ist nach wie vor schwierig, eine gesamteuropäische Debatte anzustoßen, die über das Paradigma von 27 gleichzeitig stattfindenden nationalen Wahlen hinausgeht, bei denen es häufig um nationale Fragen geht oder die dafür genutzt werden, um der jeweiligen nationalen Regierung einen Denkmittel zu verpassen. Folglich sind die europäischen politischen Parteien schwächer, da sie in Form lockerer Konföderationen nationaler Parteien agieren, die als solche nicht an den Wahlen teilnehmen können.

Das neue Wahlgesetz, mit dem auf die Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Debatte reagiert werden soll, kommt angesichts der Chancen, die sich durch die Europawahl 2019 eröffnet haben, zur rechten Zeit. Die Wahlbeteiligung stieg zum ersten Mal seit Einführung der Direktwahl zum Parlament im Jahr

1979; über 200 Millionen Bürgerinnen und Bürger gaben ihre Stimme ab, und die symbolische Schwelle von 50 %, Wahlbeteiligung wurde überschritten, wobei die Beteiligung junger Menschen stieg. Mehrere Themen, etwa der Klimawandel, waren im Rahmen des Wahlkampfs gemeinsame Themen.

Obwohl die europäischen politischen Parteien jeweils recht detaillierte Programme vorlegten und einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission präsentierten, war sich die große Mehrheit der Wählerinnen und Wähler der sogenannten Spitzenkandidaten nicht bewusst. Auf Broschüren und Wahlwerbung oder auf den Stimmzetteln waren weder ihr Bild noch ihr Parteilogo zu sehen.

Auf dem Weg zu einem gesamteuropäischen Wahlkreis

Der vom Parlament angenommene Vorschlag sieht einen zusätzlichen europaweiten Wahlkreis mit 28 Sitzen vor (derzeit sind 705 Sitze auf die Mitgliedstaaten verteilt). Damit würden drei wichtige und miteinander verknüpfte Ziele erreicht.

Erstens würden die europäischen Parteien gestärkt, indem sie Kandidaten aus verschiedenen Mitgliedstaaten auswählen, eine Kampagne für sie und das Programm der Partei fahren und ihr eigenes Logo tragen können. Die jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten würden in ganz Europa, nicht nur in ihrem Herkunfts- oder Wohnsitzstaat, kandidieren. Dies würde an sich auch zum zweiten Ziel unionsweiter Listen beitragen, nämlich eine europaweite politische und Wahldebatte in der gesamten EU anzustoßen, die über den nationalen Rahmen der 27 parallel stattfindenden Wahlen hinausgehen würde.

Drittens würde das Spitzenkandidatenverfahren, das 2014 und 2019 erprobt wurde, Wirklichkeit werden. Die Wählerinnen und Wähler in jedem Land hätten zwei Wahlurnen vor sich: eine, um die nationalen Parteien und Kandidaten zu wählen, und die andere, um ihre Wahl in Bezug auf die unionsweite Liste zum Ausdruck zu bringen, wobei hier das Logo der europäischen Partei auftaucht und der Spitzenkandidat aufgeführt wird, der seine politische Familie vertritt.

Schließlich müssten die europäischen Parteien bei der Erstellung ihrer unionsweiten Liste ein geografisches Gleichgewicht und ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis wahren (u. a. durch Listen nach dem Reißverschlussverfahren oder Geschlechterquoten). Das Parlament setzt sich für ein geschlossenes Listensystem ein (das sich auf die Parteien und nicht auf die Kandidaten konzentriert), bei dem für die Sitzverteilung das d'Hondtsche Höchstzahlverfahren – das gängigste Verfahren unter den Mitgliedstaaten – angewandt wird. Eine unabhängige europäische Wahlbehörde, die finanziell autonom ist und von unparteiischen Personen geleitet wird, würde den Wahlprozess überwachen.

Das neue europäische Wahlgesetz: eine Priorität für die Bürgerinnen und Bürger

Die Unterstützung des unionsweiten Wahlkreises war eine der Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas. Im Rahmen dieser innovativen und demokratischen Veranstaltung, deren Schlussfolgerungen am 9. Mai 2022 angenommen wurden, konnten sich Bürgerinnen und Bürger und Organisationen der Zivilgesellschaft über eine mehrsprachige Plattform, ein europäisches Jugendevent und verschiedene Bürgerforen Gehör verschaffen.

Von besonderer Bedeutung ist hier der Vorschlag Nr. 38. Darin wird ein Wahlrecht gefordert, mit dem die Wahlbedingungen harmonisiert werden, und es wird darauf hingewiesen, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas das Recht haben sollten, für Parteien auf EU-Ebene zu stimmen,

deren Kandidaten aus verschiedenen Mitgliedstaaten kommen. Diese Forderung wurde in die Schlussfolgerungen der Konferenz aufgenommen, und seit Mai 2022 setzt sich das Parlament für den Willen der Bürgerinnen und Bürger ein.

Das Parlament hat den Legislativbericht, für den ich zuständig war, ohne Änderungen mit einer soliden Mehrheit angenommen (323 zu 262 Stimmen für den Entwurf des Legislativtextes und 331 zu 257 Stimmen für die beigefügte Entschließung).

Mit der Regel der geografischen Ausgewogenheit im angenommenen Vorschlag soll sichergestellt werden, dass Kandidatinnen und Kandidaten aus den bevölkerungsreichsten Staaten, deren Parteien tendenziell größeren Einfluss haben, die Zusammensetzung der unionsweiten Listen nicht zum Nachteil der Kandidatinnen und Kandidaten aus kleineren oder mittleren Staaten dominieren. Wir erwarten, dass diese Regelung auch im Rat Unterstützung findet, in dem die Mitgliedstaaten vertreten sind und der eine einstimmige Einigung bevorzugt.

Wir hoffen, dass die europäischen Regierungen in der Lage sein werden, dieser Forderung der Bürgerinnen und Bürger zu entsprechen, und in den kommenden Monaten mit dem Europäischen Parlament eine Vereinbarung über die Umsetzung des gesamteuropäischen Wahlkreises mit transnationalen Listen für die Europawahlen im Juni 2024 aushandeln werden, um den europäischen öffentlichen Raum und die Unionsbürgerschaft zu stärken.

Mit diesem neuen Vorschlag werden die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 zu einem Meilenstein bei der Föderalisierung des politischen Systems in der Union werden, indem ein größeres öffentliches Interesse gefördert, die Legitimität erhöht und unsere europäische Demokratie gestärkt wird.

Domènec Ruiz Devesa

MEP and Rapporteur on the European Electoral Law,

Spokesperson for S&D in the Committee on Constitutional Affairs,

former Member of working group on European Democracy in the Conference on the Future of Europe,

Vice-President of the Union of European Federalists

Domenec.RuizDevesa@europarl.europa.eu

AKTUALISIERUNG DER FÜR DIE EUROPAWAHL 2024 GELTENDEN RECHTSVORSCHRIFTEN (*ONLY IN ENGLISH AND FRENCH*)

The next European elections will take place on 6-9 June 2024. The main difference from the run-up to the 2019 elections is that there was then still a lot of uncertainty around the date and the conditions of Brexit. In the end, 73 Members were elected in the UK, but they left the Parliament in January 2020, allowing for an additional 27 Members from other Member States to join the EP.

For the 2024-2029 parliamentary term, the composition of Parliament will total 720 seats following a reform recently tabled by Parliament – which proposed 11 additional seats – and then adopted by the European Council – which made a further increase to 15 additional seats. This was necessary to take into account demographic changes in some Member States and correctly apply the principle of degressive proportionality. The new allocation of seats sees no Member State losing any, and some Member States being allocated additional seats, as follows: 1 each to Belgium, Denmark, Ireland, Latvia, Austria, Poland, Slovenia, Slovakia and Finland, and 2 each to Spain, France and the Netherlands. Parliament consented to this new allocation during its September plenary sitting, while the European Council adopted (by written procedure) the decision on 22 September 2023.

Taking a rapid look at the regulatory environment for European elections, the rules applying to the election of Members of the European Parliament are a combination of the common principles established in the 1976 European Electoral Act and the different national rules implementing them.

At the time of writing, a number of reforms have either been adopted without yet coming into force, or are under discussion by the relevant institutions, and in one case in particular, their application for the next European elections is most unlikely. One reform that has been adopted, but is not yet in force, is contained in Council Decision 2018/994 making some modifications to the electoral rules, inter alia the obligation to set a minimum threshold – not lower than 2 % and not higher than 5 % of the valid cast votes in the constituency – for the allocation of seats in constituencies of more than 35 seats, including single-constituency Member States. In addition, where there is a national deadline for the submission of candidacies, the Decision specifies that this must be at least three weeks before the date of the European elections in that Member State. Member States may allow the name and logo of the European political parties to which candidates or national parties are affiliated to be displayed on ballot papers. Although all the steps leading to the adoption of Council Decision 2018/994 have been accomplished according to Article 223 of the Treaty on the Functioning of the European Union (TFEU), i.e. Parliament proposal, followed by unanimous adoption by the Council, after the consent of Parliament, entry into force depends on approval by Member States according to their respective constitutional requirements. In this last phase, a small number of Member States have not yet ratified Council Decision 2018/994.

A further reform is still being discussed by the institutions (but is not likely to come into force for 2024).

Parliament adopted a legislative proposal on 3 May 2022 aimed at reforming, more extensively than the above Council Decision, the electoral rules applicable to European elections. This proposal, currently not progressing due to a lack of support in the Council from Member States, provides inter alia for the following:

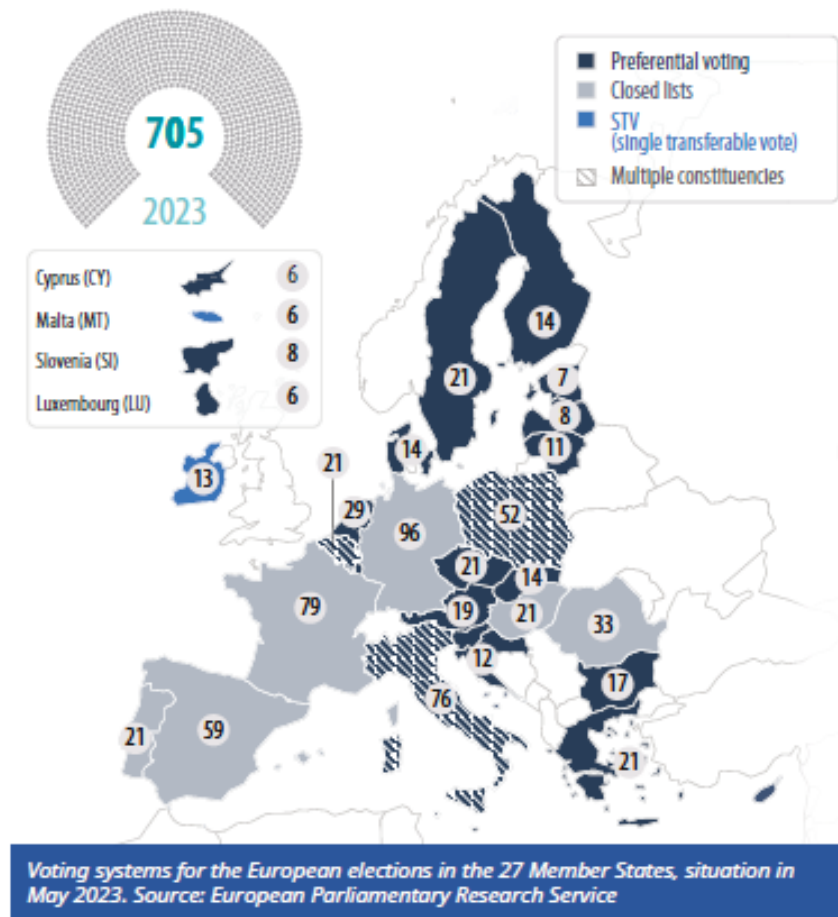
- a minimum common voting age of 16 years, except for Member States whose constitutional order establishes a minimum voting age of 17 or 18 years old (Article 4) and a minimum common age of 18 years to stand as a candidate (Article 5);
- the obligation for Member States to ensure the right to vote for EU citizens living in a third country, those without permanent residence, those living in closed residential settings, those experiencing homelessness and those serving a prison sentence (Article 6);
- the obligation to provide for postal voting as well as the possibility to allow advance physical voting, proxy voting, and/or use of electronic and internet systems, including from third countries (Article 8);
- the obligation to ensure that persons with disabilities have equal access to electoral materials, voting facilities and polling stations (Article 7) and postal voting (Article 8);
- to set 9 May as the common day for holding European elections in all Member States;
- an obligation to establish a threshold of no less than 3.5 % and no more than 5 % of valid votes cast only for national constituencies comprising more than 60 seats

Etienne Bassot

Director of the Members' Research Service (EPRS), Member of the administrative task force on welcome and departure 2024
 etienne.bassot@europarl.europa.eu

Silvia Kotanidis

Policy Analyst at the Members' Research Service (EPRS)
 silvia.kotanidis@europarl.europa.eu



- creation of a Union-wide constituency from which 28 MEPs would be elected through transnational electoral lists (Article 15). European citizens would have two votes: one for their national constituency and one for the Union-wide constituency. In the Union-wide constituency a closed-list system and the D'Hondt formula for the allocation of seats after the elections would be used and no electoral threshold would apply. Candidate lists would not be able to include only candidates from the biggest Member States in the leading positions, but would have to alternate candidates from three categories of Member States defined according to the size of their population (Annex 1);
- the creation of a European Electoral Authority in charge of conducting elections in the Union-wide constituency, coordinating the exchange of information among the national electoral authorities and monitoring the implementation of the rules, including in the national constituencies (Article 28).

DAS AUFKOMMEN DES AUTORITARISMUS VERSTEHEN UND DIE DEMOKRATIE IN EUROPA SCHÜTZEN

Im Juli hatte ich das Vergnügen, an einer eintägigen Konferenz in Florenz teilnehmen zu können, die vom Europäischen Hochschulinstitut (EHI), dem Historischen Archiv der EuropäEs war ein schwieriges Jahrzehnt für die liberale Demokratie in Europa.

Auf dem gesamten Kontinent wurde sie in Frage gestellt, und autoritäre Kräfte haben in mehreren Mitgliedstaaten der EU an Einfluss gewonnen. Die Art, wie diese Staats- und Regierungschefs, sogenannte „Populisten“, die Macht an sich reißen, erinnert an autoritäre Herrscher und stellt eine Bedrohung für die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte dar. Dieser besorgniserregende Trend ist in EU-Mitgliedstaaten wie Ungarn und Polen zu beobachten, und in Frankreich bestand sogar die Gefahr der Übernahme des Präsidentschaftsamtes.

Man muss sich die kritische Frage stellen: Was steht hinter dem Wahlerfolg dieser Politiker? Warum unterstützen Wähler, darunter auch viele, die zum ersten Mal wählen, Personen, die die Demokratie offensichtlich missachten?

Auf der Suche nach Antworten auf diese Fragen führte die Europäische Bewegung International seit 2018 umfassende Umfragen und Untersuchungen (www.listentopeople.eu) in 18 EU-Mitgliedstaaten durch. Sie verfolgt dabei das Ziel, die Einstellungen und Triebkräfte zu analysieren, die Demokratie bzw. Autoritarismus begünstigen. ischen Union (HAEU), dem Programm Erasmus+ und dem Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) gemeinsam ausgerichtet wurde. Der Titel der Konferenz lautete „Kann die EU aus Erfahrung lernen“ und sollte dazu ermutigen, sich an der Gestaltung der Zukunft Europas zu beteiligen. Die Veranstaltung kam gerade zur rechten Zeit, da schon in weniger als einem Jahr, im Mai 2024, die nächste Wahl zum Europäischen Parlament (EP) stattfindet.

Die Konferenz fand vor dem Hintergrund zweier sehr interessanter und ermutigender Statistiken statt. Erstens haben Analysen gezeigt, dass die Wahlbeteiligung bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament 2019 über 50 % (nämlich bei 50,6 %) lag und damit den höchsten Wert seit 1994 erreichte. Besonders ermutigend dabei ist, dass dieser Anstieg in erster Linie auf die Teilnahme jüngerer Wähler zurückzuführen war. Der Anteil der Wähler unter 25 Jahren ist um 14 % und der zwischen 25 und 39 Jahren um 12 %



gestiegen. Dabei ist wichtig, sich klarzumachen, dass „Teilnahme“ mehr als den Gang zur Wahlurne alle fünf Jahre bedeutet. Die Wahlbeteiligung hängt tatsächlich davon ab, in welchem Maße sich die Bürgerinnen und Bürger.

Nach der Wahl zum Europäischen Parlament 2019 wiesen die Daten auf ein weit verbreitetes Gefühl der Entfremdung unter den Europäern hin. Mehr als 50 % der Befragten in Bulgarien, Spanien, Griechenland, Österreich, Frankreich und Ungarn fühlten sich zurückgelassen, waren der Ansicht, dass die wirtschaftliche Ungleichheit zunehme, und ihr Vertrauen in die Zukunftsaussichten ihres Landes war dabei zu schwinden.

Die neuere Studie, die nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine durchgeführt wurde, bestätigte diese Tendenzen: Bürgerinnen und Bürger in Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Italien, Polen und Rumänien brachten ihre Besorgnis über die Entwicklung ihres Landes und eine Welt, die sie als zunehmend gefährlich empfinden, zum Ausdruck.

Das vorherrschende Gefühl der Verzweiflung schafft einen fruchtbaren Boden für die anti-elitäre und hasserfüllte Rhetorik autoritärer Politiker, die den Bürgern für die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, mit denen sich diese konfrontiert sehen, vereinfachende Lösungen anbieten und Sündenböcke aufzeigen.

Darüber hinaus sind die Zufriedenheit der Europäerinnen und Europäer mit der Demokratie und ihr Gefühl eigener Handlungskompetenz entmutigend gering. Abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen (Finnland und Estland) mangelt

es in allen anderen untersuchten Ländern an Vertrauen in die Regierung und an Zufriedenheit mit der Demokratie. Dieser Mangel an Zuversicht, Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen zu können, hat die Bürgerinnen und Bürger anfällig für die Manipulationen autoritärer Politiker gemacht, was zur Folge hat, dass sie sich aus dem demokratischen Prozess zurückziehen und die gewählten Volksvertreter ablehnen.

Hinzu kommt, dass die Unterstützung der Europäer für die Demokratie deutlich zurückgegangen ist. Im Jahr 2022 sank die Befürwortung der Demokratie in allen untersuchten Ländern unter 50 %, wobei in den meisten Fällen seit 2019 ein kontinuierlicher Abwärtstrend zu verzeichnen war. Deutschland verzeichnete seit 2019 einen Rückgang der Unterstützung für die Demokratie um 18 % (von 56 % auf 38 %).

Diese Zahlen sollten aufhorchen lassen. Die Zustimmung der Europäerinnen und Europäer zur Demokratie ist nicht so groß, wie wir vielleicht angenommen haben. Insbesondere in Ländern, in denen wir die schlimmste Aushöhlung demokratischer Normen erlebt haben, ist die konsequente Unterstützung der Demokratie so gering, dass dies allein schon die Etablierung illiberaler und autoritärer Regime erklären kann.

Diese Daten offenbaren einerseits einige unbequeme Wahrheiten über unsere Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie, andererseits dienen sie diejenigen, die die Demokratie verteidigen und stärken wollen, auch als Orientierungshilfe.

In erster Linie müssen die politischen Entscheidungsträger gegen Ungleichheit vorgehen, ihren Bürgerinnen und Bürgern eine kohärente und optimistische Perspektive bieten und ihnen das Gefühl vermitteln, dass sie an erster Stelle und im Zentrum der Regierungspolitik stehen. Wir brauchen inklusive Maßnahmen zur Unterstützung der bedürftigsten Menschen in unserer Gesellschaft in Kombination mit Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung und die Weiterbildung, so dass jeder Einzelne eine Chance erhält.

Die Regierungen müssen außerdem auf partizipativere Formen der Demokratie setzen und den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, die sie betreffenden Entscheidungen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene mitzugestalten. In Europa und darüber hinaus gibt es viele erfolgreiche Modelle, für die moderne Technologien, aber auch traditionellere Instrumente genutzt werden. Sie bieten Lösungen, die so vielfältig sind, dass sie sich sowohl in kleinen Gemeinschaften als auch auf gesamteuropäischer Ebene anwenden lassen. Demokratie endet nicht an der Wahlurne: Den Bürgerinnen und Bürger muss das Gefühl vermittelt werden, dass ihre Stimme auch nach der Wahl noch zählt.

Vor allem müssen wir uns darum bemühen, deutlich zu machen, wie wichtig die Aspekte sind, die wir in einer demokratischen Gesellschaft für selbstverständlich halten, und zu zeigen, dass Transparenz, Parlamentarismus, Gewaltenteilung, unabhängige Gerichte, eine freie Presse, Debatte und Konsens unabdinglich sind. Unsere Demokratie und die Freiheiten, deren Grundlage sie bildet, müssen für die Bürgerinnen und Bürger, sei es im Rahmen der Bildung oder im Alltag, in jeglicher Hinsicht spürbar sein, damit sie nicht unterbewertet oder vernachlässigt werden.

Die Opportunitätskosten dafür, dies nicht zu tun, sind gewaltig, wie uns die europäische Geschichte lehrt. Wir dürfen nicht vergessen, dass die schlimmsten Diktatoren mit demokratischen Mitteln und nach einer Schwächung der Demokratie und ihrer Institutionen an die Macht gekommen sind.

Dies dürfen wir nicht sehenden Auges erneut zulassen.

Petros Fassoulas

Secretary General of the European
Movement International
petros.fassoulas@european
movement.eu

Christian Skrivervik

Head of Press and Communications
at the European Movement
International
christian.skrivervik@europeanmovement.eu

ÜBER BILDUNG, WAHLEN UND EUROPA

Im Juli hatte ich das Vergnügen, an einer eintägigen Konferenz in Florenz teilnehmen zu können, die vom Europäischen Hochschulinstitut (EHI), dem Historischen Archiv der Europäischen Union (HAEU), dem Programm Erasmus+ und dem Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) gemeinsam ausgerichtet wurde. Der Titel der Konferenz lautete „Kann die EU aus Erfahrung lernen“ und sollte dazu ermutigen, sich an der Gestaltung der Zukunft Europas zu beteiligen. Die Veranstaltung kam gerade zur rechten Zeit, da schon in weniger als einem Jahr, im Mai 2024, die nächste Wahl zum Europäischen Parlament (EP) stattfindet.

Die Konferenz fand vor dem Hintergrund zweier sehr interessanter und ermutigender Statistiken statt. Erstens haben Analysen gezeigt, dass die Wahlbeteiligung bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament 2019 über 50 % (nämlich bei 50,6 %) lag und damit den höchsten Wert seit 1994 erreichte. Besonders ermutigend dabei ist, dass dieser Anstieg in erster Linie auf die Teilnahme jüngerer Wähler zurückzuführen war. Der Anteil der Wähler unter 25 Jahren ist um 14 % und der zwischen 25 und 39 Jahren um 12 % gestiegen. Dabei ist wichtig, sich klarzumachen, dass „Teilnahme“ mehr als den Gang zur Wahlurne alle fünf Jahre bedeutet. Die Wahlbeteiligung hängt tatsächlich davon ab, in welchem Maße sich die Bürgerinnen und Bürger

in gesamteuropäische Maßnahmen einbezogen fühlen. Europa muss mehr als ein philosophisches Konzept sein.

Die zweite interessante Statistik stammt aus einem Bericht über das Programm Erasmus+, aus der hervorgeht, dass 2021 etwa 71 000 Einrichtungen und etwa 649 000 Personen an Mobilitätsmaßnahmen teilgenommen haben. Auf der Konferenz berichteten sowohl Organisatoren, vor allem aber junge Teilnehmerinnen und Teilnehmer enthusiastisch von ihren Erfahrungen. Der intellektuelle und wissenschaftliche Austausch befördert die kreativen Fähigkeiten Europas schon seit Jahrhunderten, aber der tatsächliche physische Austausch beschränkte sich lange Zeit weitgehend auf eine mobile Elite.

Mit den Erasmus-Programmen wurden erhebliche Fortschritte bei der Erweiterung der Gruppe junger Europäerinnen und Europäer erzielt, die dieses Privileg haben.

Beim Lernen aus Erfahrungen wird auch die Rolle des Historischen Archivs der Europäischen Union immer wichtiger, das Wissenschaftlern auf allen Ebenen ihrer akademischen Laufbahn die Möglichkeit bietet, Einblicke in die Dokumentation des europäischen Einigungsprozesses zu nehmen. George Santayana sagte „Wer sich nicht der Vergangenheit erinnert, ist verurteilt, sie zu wiederholen“, und Europa musste viel Erinnerungsarbeit leisten, um seine Fehler nicht zu wiederholen.



In ähnlicher Weise erleichtert das EHI diesen Wissensaustausch.

Der Titel „Kann die EU aus Erfahrungen lernen“ ist auch maßgeblich für die Aktivitäten des Programms „EP to Campus“. Allzu oft ist der Austausch zwischen Politikern und Wählern eher ein Monolog als ein Dialog. Das Programm „EP to Campus“ ermöglicht einen entspannteren und fruchtbareren Austausch zwischen ehemaligen MdEP, die selbst an demokratischen politischen Entscheidungsprozessen beteiligt waren, und Studierenden (und Wissenschaftlern).

Alle diese Themen wurden in Florenz quer durch die Bank erörtert. Im Zuge der Vorbereitung auf die Wahl zum Europäischen Parlament im kommenden Jahr (an der das Vereinigte Königreich leider nicht teilnehmen wird) brauchen wir mehr derartige Veranstaltungen!

Eine Sammlung der für die Konferenz eigereichten Texte und auf ihr vorgestellten Beiträge soll im Dezember dieses Jahres veröffentlicht und im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Librorum“ vorgestellt werden.

Michael Hindley

PES, United Kingdom (1984-1999)
mhindley1947@gmail.com



About the European Parliament to Campus Programme



The EP to Campus Programme allows universities to benefit from the expertise and experience of former Members of the European Parliament (MEPs) who share their insights into how the EU institutions really work and into the factors that shape EU decision-making.

Any university can invite a former MEP, when organising a conference, a seminar or a tutorial, by filling in our application form. For that purpose, our guidelines for an EP to Campus visit and for an EP to Campus webinar will help you. The FMA will match the requirements of the university to the available former MEPs, using a detailed database containing their areas of expertise. Then, the FMA proposes a shortlist of matched former MEPs to the university, from which the university can choose.

More information can be found via the FMA website:
www.formermembers.eu/programmes/european-parliament-to-campus-programme

Applications for the new academic schoolyear 2023-2024 are open here: <https://bit.ly/EPtoCampus23-24>



DER HISTORISCHE MOMENT DER WAHL 2024

In den letzten Jahren, zwischen zwei Wahlen zum Europäischen Parlament, haben wir eine der schwierigsten Zeiten für den europäischen Integrationsprozess erlebt: eine Zeit, die von der COVID-19-Pandemie und der Invasion in der Ukraine geprägt war.

Beide Gegebenheiten sind sehr ernst, wobei die zweite bedauerlicherweise weiter anhält, ohne dass ein klares Ende in Sicht ist. Bei der einen Gegebenheit haben wir von den Kooperationsmöglichkeiten der Europäischen Union profitiert, bei der anderen von der Erkenntnis, dass eine engere Union notwendig ist.

In Bezug auf die erste Gegebenheit waren die Worte der Kommission (COM(2020)0350, vom 5.5.2021) sehr aussagekräftig, wobei Folgendes betont wird: „[Wir haben] erlebt, wie resilient unser Binnenmarkt ist und welche Spitzenleistungen die Industrie erbringt. Sie war dank der in den Biowissenschaften gebündelten Exzellenz bei der Entwicklung und Herstellung von COVID-19-Impfstoffen Vorreiter, was insbesondere der EU-Impfstoffstrategie und der Unterstützung der EU für den Ausbau der industriellen Kapazitäten geschuldet ist“.

Auch aus wirtschaftlicher Sicht wurden durch die Produktionsschwierigkeiten und insbesondere die durch die Pandemie verursachten Transportschwierigkeiten einige Länder zur Wiederaufnahme der Produktion (z. B. der Industrieproduktion) gezwungen, die vor einigen Jahren aufgegeben worden war, als es vorteilhafter wurde, Produkte aus anderen Ländern einzuführen, insbesondere aus Ländern mit günstigeren Arbeitskräften. Unsere Unternehmer mussten sich bemühen, effizientere Technologien und Produktionsverfahren einzuführen.

Nach der Pandemie war es in einigen Fällen wieder vorteilhafter, Produkte aus Drittländern mit guter Qualität und niedrigeren Preisen einzuführen. In anderen Fällen jedoch haben die in Europa entwickelten neuen Technologien und effizienteren Produktionsverfahren alte Industrien wiederbelebt und auf eine solide Grundlage gestellt, so dass sie weithin von der Schaffung von Wohlstand und der Wiederbelebung ehemaliger Industrieregionen profitieren.

Der Krieg in der Ukraine hat wiederum zu einer stärkeren politischen Annäherung zwischen den Ländern geführt, die bereits Teil der Europäischen Union waren, und zwar zur Verteidigung der grundlegenden Grundrechte und zur sofortigen Beantragung des Beitritts neuer Mitglieder, was vor zwei Jahren noch undenkbar war.

Dies sind Wege, die in einem institutionellen Rahmen, in dem es wünschenswert ist, die Rolle des Europäischen Parlaments zu stärken, weiter ausgebaut werden müssen. Der Stellenwert der anderen Organe wird in einer Europäischen Union nicht in Frage gestellt, in der die Rolle der Mitgliedstaaten (und anderer, bürgernäherer Organe, entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip) weiterhin sehr wichtig sein soll. Es ist jedoch wichtig, dass das Europäische Parlament als einzige Institution, die direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt wird, weiterhin eine immer wichtigere Rolle spielt.



Es ist daher zu hoffen, dass, anders als bei früheren Wahlen, ein sehr hoher Prozentsatz der Bürgerinnen und Bürger wählen wird. Dies sollte auch bei der Anerkennung des Stellenwerts der EU der Fall sein, der mit den vorstehend genannten Umständen der letzten Jahre zugenommen hat und der auch aus Gründen zunehmen muss, die weit zurückreichen und in den kommenden Jahren noch dringlicher werden: Herausforderungen in einer globalisierten Welt, in der wir uns, wie in der Strategie Europa 2020 hervorgehoben wurde, stark für ein „intelligentes“, nachhaltiges und kohäsives Wachstum einsetzen müssen (wobei in neueren Dokumenten auch die Bedeutung des Übergangs zur Digitalisierung betont wird).

Es handelt sich um Fortschritte, für die stets ausreichende Finanzmittel erforderlich sein werden, und es sind noch einige Schritte auf der Suche nach den am besten geeigneten Mitteln zu unternehmen, wobei neben den anderen Institutionen die Rolle des Europäischen Parlaments von größter Bedeutung sein wird.

Bei der Aufforderung an die Bürgerinnen und Bürger, sich an der Wahl im Jahr 2024 zu beteiligen, wird die Teilnahme ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments von großer Bedeutung sein, da sie von ihren Erfahrungen berichten und vor allem auf die Rolle aufmerksam machen können, die eine Institution mit den Kompetenzen und dem demokratischen Ausdruck des Parlaments spielen kann; eine Rolle, die umso größer sein wird, je höher die Wahlbeteiligung bei der Wahl im Juni 2024 ist.

Manuel Porto

ELDR, EPP-ED Portugal (1989-1996, 1996-1999)
mporto@fd.uc.pt